

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

März 2017

G20

SDGs stehen auf
Agenda des Hamburg-
Gipfels weit oben

RESILIENZ

Kritische Prüfung
eines immer häufiger
verwendeten Begriffs

SOZIALPOLITIK

Arme und verwundbare
Menschen brauchen mehr
als Hilfe zur Selbsthilfe



Engagiert
für Frieden

Frieden erfordert ziviles Engagement

Übergang von Krieg zu Frieden

Nach mehr als einem halben Jahrhundert Bürgerkrieg gilt in Kolumbien nun ein Friedensvertrag. Im ländlichen Raum haben aber örtliche Akteure das Sagen, und es wird schwer sein, Schritte zu Entwaffnung und Versöhnung zu gehen. Amanda Camilo Ibarra von der Frauenrechtsorganisation Ruta Pacifica erläutert die Lage. **SEITE 20**

Hilfe in Krisenzeiten

Zivile Konfliktbearbeitung kann zum friedlichen Zusammenleben in Krisengebieten beitragen. Entscheidend ist die Arbeit an der Basis, meint Martina Rieken vom Zivilen Friedensdienst. Frieden zu schaffen, ist eine komplexe Aufgabe. Was unbedingt beachtet werden muss, formuliert Peter Tibi, ein Mediator aus dem Südsudan. **SEITEN 23, 25**

Friedensfördernde Medien

Nach Gewaltkonflikten ist in Uganda die Grundlage für friedensorientierte Medienarbeit geschaffen worden, wie Gloria Laker Aciro von der Peace Journalism Foundation of East Africa berichtet. In Kenia müssen Medienhäuser derweil darauf achten, dass Hassrhetorik ihre Berichterstattung im beginnenden Wahlkampf nicht beeinträchtigt, warnt der Journalist Isaac Sagala. **SEITEN 26, 28**

Frauen stärken

Medica Afghanistan ist eine der wenigen zivilgesellschaftlichen Organisationen des Landes, die sich um Frauen kümmert, die sexualisierte Gewalt überlebt haben. Leitungsmitglieder Humaira Rasuli und Saifora Paktiss sprechen im Interview über Konzept, Erfolge und künftige Herausforderungen. **SEITE 30**

Karneval für den Frieden

In Bagdad organisieren junge Leute ein jährliches Straßenfest, um der Gewalt etwas entgegenzusetzen. Sie erreichen dadurch auch mehr zivilgesellschaftliches Engagement, wie Eva-Maria Verfürth von E+Z/D+C berichtet. **SEITE 33**

Gerechtigkeit und Gedächtnis

Das Khmer-Rouge-Regime hat Kambodscha traumatisiert. Noch heute – 40 Jahre nach seinem Ende – warten die Menschen auf die juristische Aufarbeitung. Kambodscha braucht Dokumentation, eine Erinnerungskultur und Wiedergutmachung, schreibt der Journalist Sun Narin. **SEITE 36**

Monitor

Handelspolitik und die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele | Fünf Jahre Engagement Global | Der Konzernatlas 2017 beleuchtet die globale Lebensmittelwirtschaft | Populisten verschlimmern Korruption, urteilt Transparency International | In Pakistan und Indien sollte die Gesetzgebung über regierungsunabhängige Organisationen modernisiert werden | Heutzutage: Alleinerziehende Flüchtlingsfrauen in Uganda | Impressum **4**

Debatte

Kommentare über deutsche Ziele beim G20-Gipfel in Hamburg, die anstehenden Wahlen in Kenia, Schwächen des Corruption Perception Index von Transparency International und Myanmar ein Jahr nach Regierungsantritt der Partei von Aung San Suu Kyi **10**

Tribüne

USCHE MERK: Kritik am immer häufiger verwendeten Resilienz-Konzept **15**

FRANK BLISS: Weshalb Hilfe zur Selbsthilfe im Kampf gegen die Armut nicht reicht **17**

Schwerpunkt: Engagiert für Frieden

AMANDA CAMILO IBARRA IM INTERVIEW:
Stolpersteine auf Kolumbiens Weg vom Bürgerkrieg zum Frieden **20**

MARTINA RIEKEN: Zivile Konfliktbearbeitung dient der Gewaltprävention – und der Zivile Friedensdienst bietet Unterstützung an **23**

PETER TIBI: Fünf wesentliche Dinge beim Peacebuilding **25**

GLORIA LAKER ACIRO: In Uganda sind die Grundlagen für friedensfördernden Journalismus gelegt **26**

ISAAC SAGALA: Kenias Medien sollten Hassrhetorik keinen Raum geben – besonders im Wahlkampf nicht **28**

HUMAIRA RASULI UND SAIFORA PAKTISS IM INTERVIEW:
Medica Afghanistan unterstützt Frauen, die sexualisierte Gewalt überlebt haben **30**

EVA-MARIA VERFÜRTH : Bagdads jährlicher Friedenskarneval **33**

LISDEY ESPINOZA PEDRAZA UND MARKUS HEINRICH:
Friedensparks wären im Nahen Osten und Nordafrika sinnvoll **35**

SUN NARIN: Um die Khmer-Rouge-Traumata zu bewältigen, brauchen Kambodschaner Dokumentation, Gedächtniskultur und Entschädigung **36**

KAROLINE CAESAR: Wissenswertes über Peacebuilding **38**

Frieden schaffen

Mehr Menschen als je zuvor sind weltweit auf der Flucht. Die meisten verlassen ihre Heimat, weil sie von Krieg, Konflikt und Not bedroht sind. Dies betrifft nicht nur Kriegsgebiete, sondern auch Gegenden, wo der Krieg eigentlich schon vorbei ist – doch das Ende unmittelbarer Gewalt bedeutet noch lange nicht, dass automatisch Frieden einkehrt. Die Herausforderungen für die betroffene Gesellschaft sind enorm.

Frieden ist mehr als eine Art langgezogener Waffenstillstand. Eine Gesellschaft, die zerrissen wurde, muss wiederaufgebaut werden, Vertrauen in die Justiz hergestellt und Jobs geschaffen werden für Menschen, die sich ihr Einkommen mit dem Gewehr beschafft hatten. Und vor allem muss der hohen Zahl ziviler Opfer des Konfliktes geholfen werden, ihre Traumata zu bewältigen und wieder ein normales Leben zu führen.

Kolumbien schreibt in dieser Hinsicht Geschichte. Nach einem halben Jahrhundert Bürgerkrieg wagen es die Konfliktparteien, den steinigen Weg zum Frieden anzutreten. Doch kolumbianische Aktivistinnen und Aktivisten sagen zu Recht: Ein Friedensvertrag ist nicht das Ende, sondern nur der Anfangspunkt eines langen Prozesses, der schließlich dauerhaften Frieden bringen kann. Staaten und Gesellschaften, die diesen Prozess beginnen, müssen deshalb international gestützt werden, so etwa mit Geld für die Überwachung dieses Friedensprozesses und den Aufbau von Institutionen. In jedem Land in einer Post-Konflikt-Phase besteht die Bevölkerung sowohl aus Opfern wie auch aus Tätern, die nun gemeinsam die Gesellschaft unter friedlichen Vorzeichen aufbauen müssen. Dies ist meist nicht ohne Weiteres möglich; kompetente juristische Arbeit ist nötig, um Fragen der Gerechtigkeit und Aufarbeitung von fundamentalen Rechtsverstößen zu klären.

Im Südsudan geschah dies nach der Staatsgründung 2011 und nach dem erneuten Aufflammen der Kämpfe 2013 nicht in ausreichender Form. Folglich brachen die schwelenden Konflikte, noch angeheizt durch die miserable wirtschaftliche Lage, wieder auf. Nun macht das Land mit menschengemachter Hungersnot Schlagzeilen.

Wenn Friedensverträge nicht sorgfältig implementiert werden, bleiben sie bloßes Papier. Sehr wichtig ist, die Volkswirtschaft in Gang zu bringen und neue Perspektiven zu schaffen. Hilfreich wären dabei stabile Institutionen, Rechtssicherheit und belastbare Infrastruktur. Genau daran fehlt es aber in Post-Konflikt-Situationen. Vertrauen muss ganz neu geschaffen werden.

Die Zivilgesellschaft spielt deshalb eine entscheidende Rolle in der Stabilisierung nach einem Gewaltkonflikt – aber auch da muss Unterstützung gewährleistet werden, so dass sich kleine Organisationen formieren und finanziell über Wasser halten können, damit sie imstande sind, einen Beitrag zum Aufbau der Gesellschaft zu leisten. Nach Jahren des Konfliktes müssen die Menschen friedliches Zusammenleben neu erlernen. So etwa hinterlässt die Erfahrung sexualisierter Gewalt langfristige Schäden bei den betroffenen Frauen, ihren Familien und der sozialen Kohäsion ganzer Dörfer. Zur Aufarbeitung dieser Problematik ist zivile Konfliktarbeit sehr wichtig, ebenso wie psychosoziale Unterstützung, aber auch wirtschaftliche Förderung.

Um Menschenrechte zum Thema machen zu können, müssen die Leute aber auch täglich genug zu essen haben. Dann wachsen auch lokale Netzwerke wieder, die traditionelle Formen der Friedensförderung stärken. Alle Kulturen haben Strategien der Versöhnung. Neustart ist schwer – aber nicht unmöglich.



SHEILA MYSOREKAR
ist Redakteurin von **E+Z**
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fs-medien.de

Debatte



Die SDGs auf der G20-Agenda

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Hans-Joachim Fuchtel, erläutert die deutschen Pläne für den Gipfel in Hamburg im Sommer. Die Agenda 2030 der UN mit den Nachhaltigkeits-Entwicklungszielen wird weit oben stehen.

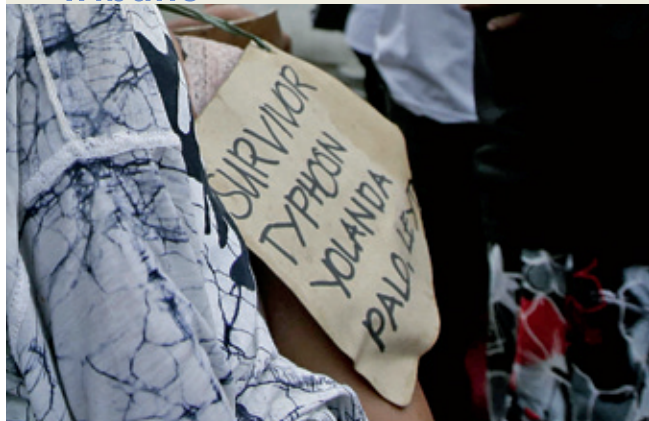
SEITE 10

Kritik an Transparency International

Der Corruption Perception Index von TI erfasst die Bestechlichkeit von Beamten, blendet aber aus, wer das Schmiergeld zahlt und welche illegitimen Finanzströme Entwicklungsländer am meisten beeinträchtigen. Dadurch entsteht ein verzerrtes Bild, meint der Journalist Nico Beckert.

SEITE 12

Tribüne



Kritik am Resilienz-Konzept

Der Begriff Resilienz spielt in der politischen Debatte eine wachsende Rolle. Aus Sicht von Usche Merk von medico international ist er überbewertet, wodurch wichtige Fragen ausgeblendet werden.

SEITE 15

EU-HANDELSPOLITIK

Gleiche Regeln für alle



**Rinder in Ruanda:
Ostafrika produziert
selbst Milch und
Fleisch und erhebt
hohe Zölle auf
ausländische
Produkte.**

Die Zuständigkeit der Welthandelsorganisation (WTO) für den Welthandel ist in den Augen zahlreicher Experten nicht ausreichend. Stattdessen gestalten bilaterale Abkommen die Handelsbeziehungen zwischen reichen Industriestaaten und Entwicklungsländern. Ohne einen Kurswechsel in der Handelspolitik haben die Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030 keine Chance, sagen Kritiker.

Von Theresa Krinninger

2015 haben alle UN-Mitglieder die Agenda 2030 verabschiedet. Ziel 17 setzt auf mehr Welthandel, aber zu fairen Bedingungen. Unter dem Vorsatz, die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung neu zu gestalten, sollen Entwicklungsländer künftig deutlich mehr exportieren sowie zoll- und quotenfreien Zugang zum Weltmarkt bekommen. Zudem soll die WTO wieder stärker für gleiche Regeln und faire Bedingungen sorgen. Bessere Chancen im Handel würden dazu beitragen, die Armut zu bekämpfen und so die gesamte Agenda der Nachhaltigkeitsziele unterstützen.

Doch was heißt das genau für die internationale Handelspolitik, besonders die der Europäischen Union? Beispiele wie

China und Südkorea zeigen, dass sich einige Entwicklungsländer durch Handel aus der Armut befreien konnten. Viele Länder, besonders in Afrika, blieben jedoch auf der Strecke. Dennoch habe die EU bis heute keinen Kurswechsel in der Handelspolitik gewagt, kritisiert die kirchliche Organisation Brot für die Welt. Andere zivilgesellschaftliche Vertreter, wie etwa das globalisierungskritische Netzwerk Attac, werfen der EU sogar Selbstbetrug vor. Die derzeitige EU-Handelspolitik verschärfe die Armut in Afrika und treibe die Flucht von dort an.

WTO BLEIBT WICHTIG

„Vieles muss sich hier bei uns ändern“, sagte Karl Falkenberg auf einer Podiumsdiskussion im Februar bei Brot für die Welt in Berlin. Als ehemaliger stellvertretender Generaldirektor für Handel bei der EU-Kommission hat er die europäische Handelspolitik seit den 1980er Jahren maßgeblich mitgeprägt. „Die Grenzen des Planeten sind uns nicht klar gewesen, das ist erst in den vergangenen 15 Jahren bei mir angekommen.“ Mittlerweile mahnt er als Nachhaltigkeitsexperte die Europäer zum Umdenken in den Bereichen Konsum, Produktion und

Handel. Wichtiger denn je sei es, regionale Märkte in Afrika zu stärken und damit ihre Konkurrenzfähigkeit zu fördern.

„Als wir die Organisation aufgebaut haben, hätte ich bei der WTO dranbleiben sollen, anstatt sie links liegen zu lassen“, bekennt Falkenberg. Stattdessen habe man wieder Handelspolitik als bilaterale Außenpolitik betrieben, mit befreundeten Ländern Verträge geschlossen und damit Diskriminierung in die internationalen Handelsbeziehungen zurückgebracht. Die WTO bleibe ein sehr wichtiges Organ, um das zu ändern.

Kritiker sehen in der WTO einen zahnlosen Tiger, der Handel zwar liberalisiert, aber nicht reglementiert hat. Dagegen stellt Heinz Hetmeier, zuständig für Außenwirtschaft und Handel im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), klar: „Wir können froh sein, dass wir ein multilaterales System wie die WTO haben.“ Sie sei die einzige internationale Organisation, die ihre 164 Mitglieder zur Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung verpflichtete und Mechanismen habe, um Streit zu schlichten. Die WTO schaffe die nötigen Regeln und Rahmenbedingungen für den globalisierten Handel.

Aus Sicht von Sigrid Skarpelis-Sperk sind es aber zu wenige Regeln. Außerdem sagt die frühere SPD-Bundestagsabgeordnete: „Welthandel braucht Sanktionen und Strafen, die auch wirklich denjenigen, die dagegen verstoßen, weh tun.“ Sie leitete die Fraktionsarbeitsgruppe Weltwirtschaft und Globalisierung.

Die bilateralen Handelsverträge der EU enthalten Menschenrechtsklauseln und sogenannte Nachhaltigkeitskapitel. Verstöße dagegen bleiben aber meist folgenlos. Die Menschenrechtsklausel erlaubt jeder Vertragspartei, angemessene Maßnahmen zu ergreifen – einschließlich der Aussetzung des Vertrags –, falls die andere Partei gegen Menschenrechte oder demokratische Prinzipien verstößt. Leider sei die Klausel nicht in alle Handelsabkommen integriert, noch gebe es Mechanismen, die Verstöße erfassen, so die Analyse von Brot für die Welt.

Beim Nachhaltigkeitskapitel ist es ähnlich: Die Vertragsparteien sollen sich an internationalen Arbeitsnormen und Umweltabkommen orientieren und diese umsetzen. Das Kapitel sieht bei Verstößen aber keine Sanktionen vor.

Umstritten bleibt auch, dass die EU vermehrt auf bilaterale Abkommen setzt, sogenannte Economic Partnership Agreements (EPAs). Ein verbreiteter Vorwurf lautet, die EU dränge verhandlungsschwächere Partner dazu, ihre Märkte fast ganz für EU-Produkte zu öffnen, während sie den eigenen Markt vor Importen aus Entwicklungsländern schütze. Afrikanische Länder könnten mit einer starken Wirtschaft wie etwa der deutschen nicht konkurrieren. Zudem hemmen billige EU-Exporte die lokale Industrie und Landwirtschaft.

Es gibt allerdings auch Gegenstimmen. So stellte etwa der Entwicklungsökonom Helmut Asche in einer Studie für die Heinrich-Böll-Stiftung 2015 fest, die abgeschlossenen EPAs konzentrierten sich auf Güterhandel und sähen Liberalisierung stufenweise vor, was den Interessen afrikanischer Länder durchaus entspreche (siehe E+Z/D+C e-Paper 2015/12, S. 5). Andererseits fordert Asche inzwischen, die

EPA-Politik müsse überdacht werden, weil bestehende Regionalorganisationen in Afrika nicht voranbringe, sondern spalte (siehe E+Z/D+C e-Paper 2016/12, S. 42 / Druckheft 2017/1-2, S. 36). Das Problem ist, dass manche Länder der Regionalorganisationen den EPAs nicht zustimmen. Besonders schwierig ist die Lage im südlichen Afrika, wo einige Länder der South African Development Community (SACD) das gleichnamige EPA unterschrieben haben, aber für die anderen ein weiterer Vertrag ausgehandelt wird.

MARKTÖFFNUNG NICHT IMMER SINNVOLL

Konkrete EPA-Verhandlungen laufen seit 2002, nachdem die vertragliche Grundlage im Cotonou-Abkommen 2000 gelegt wurde. Sie sind WTO-kompatibel, weil die WTO zunehmende regionale Integration unterstützt. Ziel der EPA-Verhandlungen war es, Handel zwischen der EU und diversen regionalen

Wirtschaftsgemeinschaften von 78 AKP-Staaten zu erleichtern. „AKP“ steht für Afrika, Karibik und Pazifik. Die betroffenen Länder sind ehemalige Kolonien von EU-Mitgliedern.

Entwicklungspolitisch ist Marktöffnung allerdings gar nicht immer sinnvoll. Es kann auch wichtig sein, Märkte zu schützen. „Es macht wenig Sinn, mit EU-Geldern die Landwirtschaft und Industrie in Afrika aufzubauen, damit dann handelspolitische Abkommen das Erreichte wieder kaputt machen“, sagt etwa Gunther Berger vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die EAC (East African Community) habe Zölle auf ausländische Milch- und Fleischprodukte erhoben, „auf Milchprodukte sogar 50 Prozent“. Dagegen habe die Ecowas (Economic Community of West African States) null bis fünf Prozent Zölle auf die gleichen Produkte erhoben. „Im Vergleich sieht man, dass Ostafrika wesentlich mehr eigene Milch und Fleisch produziert.“

JUBILÄUM

Engagement auf Wachstumskurs

Fünf Jahre Engagement – am 9. Februar in der Bundeskunsthalle Bonn war es greifbar. 450 Partner aus Kommunen und der Zivilgesellschaft waren gekommen, um das fünfjährige Bestehen von Engagement Global (EG) zu feiern. Die Organisation ist seit ihrer Gründung ordentlich gewachsen.

Von Katja Dombrowski

„Wer Engagement sät, der wird auch Engagement ernten“, sagte Friedrich Kitschelt, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), zu Beginn des Festakts. Entwicklungspolitik sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dafür, dass Zivilgesellschaft und Kommunen, Vereine und Stiftungen, Kirchen und Schulen einen

Beitrag in dem Bereich leisten können, steht EG. Die Organisation bündelt Angebote der Informations- und Bildungsarbeit, berät Einzelne und Gruppen und fördert entwicklungspolitische Vorhaben finanziell. EG gibt auch E+Z/D+C heraus.

EG-Geschäftsführer Jens Kreuter würdigte neben der Arbeit seiner Mitarbeiter vor allem das Engagement der Partner: „Bei der Gründung 2012 erhielten wir den klaren Auftrag, entwicklungspolitisches Engagement in Deutschland zu fördern. Dies ist uns dank der guten Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft und Kommunen gelungen.“

EG arbeitet im Auftrag der Bundesregierung und wird vom BMZ finanziert. Das Budget hat sich seit dem Start im Jahr 2012 von rund 82 Millionen Euro auf 244

Millionen Euro fast verdreifacht. Die Zahl der Mitarbeiter hat sich auf 380 verdoppelt, und auch die Zahl der Projektpartner, Angebote und Teilnehmer hat stark zugenommen.

Kitschelt zufolge entspricht der Wachstumskurs von EG dem Trend: Das gesellschaftliche Interesse an Entwicklungspolitik sei gestiegen. Der Staatssekretär versicherte zudem, dass die Bundesregierung die Zivilgesellschaft weltweit weiter unterstützen und – wo nötig – politisch verteidigen werde.

Die Jubiläumsfeier war zugleich Auftakt der Jahrespartnerschaft zwischen der Stadt Bonn und Engagement Global, in deren Rahmen viele Veranstaltungen geplant sind. „Engagement beginnt vor Ort“, sagte der Bonner Oberbürgermeister Ashok Sridharan. Und das müsse weiter gefördert und unterstützt werden.

LINK

Engagement Global:

<https://www.engagement-global.de/startseite.html>

Die Macht über unser Essen



Große Ketten zerstören traditionelle Läden und Märkte: Supermarkt in Mumbai, Indien.

Die Nahrungsmittelindustrie „schrumpft sich groß“: Immer weniger internationale Großkonzerne bestimmen die Weltmärkte vom Acker bis zur Ladentheke. Eine neue Publikation klärt über die Folgen auf.

Von **Theresa Krinninger**

Wohin sich die Agrar- und Lebensmittelbranche entwickelt, betrifft uns alle, betont der Konzernatlas 2017, den die Heinrich-Böll-Stiftung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Germanwatch, Oxfam und Le Monde Diplomatique Mitte Januar veröffentlichten. Am härtesten trifft es dabei die schwächsten Glieder in der Lieferkette: Die Bauern und Arbeiter in Schwellen- und Entwicklungsländern sind der Marktmacht der Konzerne völlig ausgeliefert.

Alle Unternehmen entlang der Lieferkette werden immer größer. Seit 2015 fanden zwölf Mega-Fusionen in der Agrar- und Nahrungsmittelbranche statt. So bestimmen bislang noch sieben Unternehmen die weltweite Produktion von Pestiziden und Saatgut. Ende 2017 werden es nur mehr vier Riesen sein. Der deutsche Bayer-Konzern will den US-Saatgutriesen Monsanto kaufen und damit zum größten Hersteller von Agrarchemikalien werden. Die US-Konzerne DuPont und Dow Chemical planen

zu fusionieren und ChemChina möchte den Schweizer Chemiekonzern Syngenta kaufen. Den Autoren zufolge beherrschten drei von ihnen künftig mehr als 60 Prozent der Märkte für kommerzielles Saatgut und Agrarchemikalien. Fast alle arbeiteten mit gentechnisch veränderten Pflanzen.

Je mehr Marktmacht sich in den Händen weniger bündelt, desto mehr seien Verbraucher von deren Produkten abhängig. Vor allem die Bauern müssten sich die Preise von Saatgut und Pestiziden diktieren lassen, bemängeln die Autoren.

Neben der Gentechnik verändere auch die Digitalisierung die Landwirtschaft. Das neue Credo: Digitalisiere oder weiche. Landwirtschaftliche Betriebe seien zunehmend von Farmmanagement-Systemen der Agrarkonzerne abhängig. Diese Technik könnten sich Kleinbauern nicht leisten.

VIER RIESEN VERHANDELN ÜBER DIE WELT

Sind Weizen, Mais und Sojabohnen einmal geerntet, kommen die so genannten ABCD-Händler ins Spiel. Vier Konzerne dominieren der Publikation zufolge den Import und Export von Agrarrohstoffen: die US-Konzerne Archer Daniels Midland, Bunge, Cargill und das niederländische Pendant, die Louis Dreyfus Company. Sie handeln, transportieren und verarbeiten zahlreiche

Rohstoffe mit einem Weltmarktanteil von 70 Prozent und haben eine enorme Verhandlungsmacht.

Die Agrarhändler liefern die billigen Rohstoffe dann an große Lebensmittelkonzerne wie Unilever, Nestlé, Heinz, Mars, Kellogg's und Tchibo. Diese gehören wiederum zu den Top-Lieferanten der großen Supermarktketten. In Deutschland decken vier Ketten 85 Prozent des Lebensmittel Einzelhandels ab. Die Ketten hätten nach Angaben der Autoren eine Türsteherfunktion; sie bestimmten, wer wie Lebensmittel produziere und welche Lebensmittel überhaupt im Regal landeten.

Damit steige der Druck auf Zulieferfirmen. Sie bezahlten dafür, dass ihre Produkte in den Regalen auslügen. Diesen Druck gäben die Zulieferer an die Erzeuger weiter, denen längere Arbeitsstunden und weniger Lohn drohten, heißt es im Atlas. Am stärksten expandierten jedoch die Lebensmittelketten in Ländern mit mittlerem Einkommen, wie etwa in Indien, Indonesien und Nigeria. Die „Supermarkt-Revolution“ gehe überall auf Kosten traditioneller Geschäfte und Märkte.

Zwar behaupteten viele Lebensmittelkonzerne, sie bekämpften den Welthunger durch die gesteigerte Lebensmittelproduktion. Tatsächlich habe laut Konzernatlas die Produktion der bewirtschafteten Ackerflächen nicht zugenommen, sondern Millionen Hektar Ackerflächen würden für Futtermittel und Biotreibstoff genutzt. Diese Monokulturen zerstörten jährlich 24 Milliarden Tonnen fruchtbaren Boden weltweit. Dass es fast 800 Millionen unterernährte Menschen auf der Welt gebe, sei also nicht der Nahrungsknappheit geschuldet, sondern bleibe ein Verteilungsproblem.

Die Herausgeber des Konzernatlas wollen die Politik in die Pflicht nehmen. Sie verlangen, dass das Kartell- und Wettbewerbsrecht hierzulande erweitert werde, um die Verbraucher und Bauern vor der Marktkonzentration der Konzerne zu schützen. Der Gegenentwurf lautet: agrarökologische Methoden. Nur so könne man zu großen Ertragssteigerungen kommen, die wirklich den Bauern und Produzenten nutzen.

LINK

Konzernatlas 2017:

<https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/konzernatlas-2017>

KORRUPTIONSWAHRNEHMUNGSINDEX

Populismus fördert Korruption

Laut Transparency International (TI) hängen Korruption, Ungleichheit und Populismus eng zusammen. Viele populistische Politiker versprechen, die korrupte „Elite“ zu bekämpfen. Doch sobald sie an der Macht sind, heizen sie das Problem sogar an.

Von Katja Dombrowski

Der jährliche Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perceptions Index – CPI) von TI ist das wichtigste Messinstrument für Korruption, wobei er Korruption gar nicht direkt erfasst, sondern lediglich die Wahrnehmung von Korruption im öffentlichen Sektor (siehe Kommentar, S. 12). Der vor kurzem veröffentlichte Index für 2016 beinhaltet 176 Länder und Gebiete. Aus ihm lässt sich ablesen, dass Korruption und Ungleichheit sich gegenseitig begünstigen und so ein Teufelskreis entsteht.

TI-Forschungsdirektor Finn Heinrich hat den CPI mit zwei Indexen der Bertelsmann-Stiftung verglichen: dem Social Inclusion Index für OECD-Länder und dem Welfare-Regime-Indikator für den Rest der Welt. Das Ergebnis: „Die Daten zeigen eine starke Korrelation von Korruption und sozialer Ausgrenzung.“

Mexiko beispielsweise rangiert sowohl im CPI als auch im Social Inclusion

Index weit unten, was auf weit verbreitete Korruption einerseits und viele ausgeschlossene Menschen andererseits schließen lässt. Dänemark dagegen führt den CPI an und schneidet auch im Social Inclusion Index gut ab. Natürlich bedeutet Korrelation nicht automatisch, dass ein kausaler Zusammenhang besteht. So könnte etwa der Entwicklungsstand eines Landes für beide Phänomene ausschlaggebend sein. Doch Heinrichs Forschungsergebnisse zeigen, dass soziale Ungleichheit Korruption weit aus stärker beeinflusst als das Pro-Kopf-BIP.

Die Erkenntnis ist nicht neu. Heinrich weist aber darauf hin, dass zwei sehr unterschiedliche politische Strömungen sie derzeit für ihre Kampagnen nutzen: Eine ist die globale Bewegung gegen Ungleichheit, die von NGOs wie Oxfam angeführt wird, die andere wird von populistischen Politikern wie US-Präsident Donald Trump, dem ehemaligen polnischen Ministerpräsidenten Jaroslaw Kaczynski und der französischen Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen repräsentiert. Laut Heinrich wettern Populisten häufig gegen „korrupte Eliten“ und gerieren sich als Vorkämpfer für die Abgehängten.

Die Populisten wollen das Problem jedoch nicht wirklich bekämpfen. Im Ge-

genteil: Unter populistischen Regierungen steigt die Korruption oft an. Der Autor nennt Indien, Italien, die Slowakei und Ungarn als Beispiele. Im Falle Trumps sieht er erste Anzeichen für einen „Verrat seiner Versprechen“. Die Türkei und Ungarn sind im CPI gesunken, seit populistische Machthaber das Sagen haben; Argentinien, wo eine populistische Regierung abgewählt wurde, kletterte hingegen nach oben.

Um den Teufelskreis von Populismus und Ungleichheit zu durchbrechen, fordert TI Regierungen auf:

- die Drehtür zwischen Führungspositionen in der Wirtschaft und in der Politik anzuhalten,
- korrupte Amtsträger nicht durch politische Immunität davonkommen zu lassen,
- Banken, Verkäufer von Luxusgütern, Rechtsanwälte und Makler, die an Geldwäsche beteiligt sind, stärker zu kontrollieren und
- geheime Unternehmen, deren wahre Besitzer nicht transparent sind, zu verbieten.

Insgesamt ist der diesjährige CPI besorgniserregend. Es sind mehr Länder im Ranking gesunken als aufgestiegen. „Nicht ein einziges Land kommt einer Topbewertung nahe, wohingegen mehr als 120 Länder auf der Skala von 0 (extrem korrupt) bis 100 (sehr sauber) bei unter 50 gelandet sind“, stellt TI fest. Am meisten rutschte Katar ab. Afghanistan, das jahrelang weit unten rangierte, wies die größte Verbesserung auf.

Korruptionswahrnehmungsindex 2016

RANG			LAND			PUNKTE														
1	Dänemark	90	24	Bahamas	66	47	Zypern	55	78	Bahrain	43	90	Liberia	37	113	Armenien	33	156	Demokratische Republik Kongo	21
1	Neuseeland	90	24	Chile	66	47	Zypern	55	78	Bahrain	43	90	Liberia	37	113	Bolivien	33	156	Guatemala	28
3	Finnland	89	27	Vereinigte Arabische Emirate	66	47	Malta	55	72	Ghana	43	90	Marokko	37	113	Vietnam	33	156	Kirgisistan	28
4	Schweden	88	27	Bhutan	65	47	Burkina Faso	42	72	Burkina Faso	42	90	Mazedonien	37	116	Mali	32	156	Libanon	28
5	Schweiz	86	28	Israel	64	50	Mauritius	54	72	Serbien	42	95	Argentinien	36	116	Pakistan	32	156	Myanmar	28
6	Norwegen	85	29	Polen	62	50	Ruanda	54	72	Salomonen	42	95	Benin	36	116	Tansania	32	156	Nigeria	28
7	Singapur	84	29	Portugal	62	53	Süd-Korea	53	75	Bulgarien	41	95	El Salvador	36	116	Togo	32	156	Papua-Neuguinea	28
8	Niederlande	83	31	Barbados	61	53	Namibia	52	75	Kuwait	41	95	Kosovo	36	120	Dominikanische Republik	31	142	Guinea	27
9	Kanada	82	31	Katar	61	54	Slowakei	51	75	Tunesien	41	95	Malediven	36	120	Ecuador	31	142	Mauretanien	27
10	Deutschland	81	31	Slowenien	61	55	Kroatien	49	75	Türkei	41	95	Sri Lanka	36	120	Malawi	31	142	Mosambik	27
10	Luxemburg	81	31	Taiwan	61	55	Malaysia	49	79	Weißrussland	40	101	Gabun	35	123	Aserbaidschan	30	145	Bangladesch	26
10	Britannien	81	31	Botswana	60	57	Ungarn	48	79	Brasilien	40	101	Niger	35	123	Dschibuti	30	145	Kamerun	26
13	Australien	79	35	St. Lucia	60	57	Jordanien	48	79	China	40	101	Peru	35	123	Honduras	30	145	Gambia	26
14	Island	78	35	St. Vincent und die Grenadinen	60	57	Rumänien	48	79	Indien	40	101	Philippinen	35	123	Laos	30	145	Kenia	26
14	Belgien	77	36	Kap Verde	59	60	Kuba	47	83	Albanien	39	101	Thailand	35	123	Mexiko	30	145	Madagaskar	26
15	Hongkong	77	36	Dominica	59	62	Italien	47	83	Bosnien und Herzegowina	39	101	Osttimor	35	123	Moldavien	30	145	Nicaragua	26
17	Österreich	75	38	Litauen	59	62	São Tomé und Príncipe	46	83	Jamaika	39	101	Trinidad und Tobago	35	123	Paraguay	30	145	Tadschikistan	26
18	USA	74	41	Brunei	58	64	Saudi-Arabien	46	83	Lesotho	39	108	Algerien	34	123	Sierra Leone	30	151	Uganda	25
18	Irland	73	41	Costa Rica	58	64	Montenegro	45	87	Mongolei	38	108	Elfenbeinküste	34	131	Iran	29	153	Komoren	24
20	Japan	72	41	Spanien	58	64	Oman	45	87	Panama	38	108	Ägypten	34	131	Kasachstan	29	154	Turkmenistan	22
21	Uruguay	71	44	Georgien	57	64	Senegal	45	87	Sambia	38	108	Äthiopien	34	131	Nepal	29	154	Simbabwe	22
22	Estland	70	44	Lettland	57	64	Südafrika	45	90	Kolumbien	37	108	Guyana	34	131	Russland	29	156	Kambodscha	21
23	Frankreich	69	46	Grenada	56	64	Suriname	45	90	Indonesien	37	108			131	Ukraine	29			

ZIVILGESELLSCHAFT

Ungenügende Rechtsgrundlagen

In Pakistan und Indien behaupten die Regierungen gern, nichtstaatliche Organisationen (non-governmental organisations – NGOs) müssten kontrolliert werden, damit sie nationale Interessen nicht unterhöhlten. Aktuelle Aufsätze zufolge ist die Gesetzgebung in beiden Ländern tatsächlich unzureichend – aber es geht nicht darum, die Zivilgesellschaft dem Staat unterzuordnen, sondern dafür zu sorgen, dass sie ein Minimum an demokratischen Transparenz- und Rechenschaftspflichten erfüllen.

Von Hans Dembowski

Stimmige Gesetze können dafür sorgen, dass NGOs entsprechend demokratischer Prinzipien geleitet werden. Spitzenleute müssen Mitgliedern, Partnern, Öffentlichkeit und Behörden über Aktivität und Finanzierung Bericht erstatten. Nur Transparenz stellt sicher, dass wirklich Mittel für die NGO-Ziele verwendet werden. Entsprechend hängen Effizienz und Effektivität zivilgesellschaftlicher Akteure von kompetenter staatlicher Regulierung ab. Muhammad Ahsan Rana von der Lahore University of Management

Sciences bezeichnet die einschlägige pakistanische Gesetzgebung als veraltet. Relevante Daten würden nicht systematisch gesammelt. Allzu oft sei die Anmeldung einer NGO ihr „erster und letzter Kontakt mit dem Amt, das für sie zuständig ist“. Folglich habe niemand eine klare Vorstellung davon, wie viele NGOs es in Pakistan gebe und was sie täten.

Wie Rana ausführt, sind viele NGOs gar nicht angemeldet – und sie sind dazu auch nicht verpflichtet. Andererseits seien NGOs als Gesellschaften, Firmen, Stiftungen oder karitative Vereine registriert und unterlägen je nach Rechtsstatus unterschiedlichen Pflichten. Die einschlägigen Gesetze aus der Kolonialzeit müssten heutigen Verhältnissen angepasst werden, fordert Rana, denn seit den 1970er Jahren spielten NGOs „eine zunehmend wichtige Rolle bei der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen und im Engagement für Bürgerrechte“.

Rana warnt, es würden Chancen verpasst, um Regierungspolitik und bürgerschaftliches Engagement optimal zur Versorgung der ärmsten Bürger zu koordinieren. Er hält dabei nicht viel vom Re-

gierungsanspruch, Pakistans „Kultur“, „Werte“ und „Interesse“ zu verteidigen, denn diese Begriffe seien allzu „amorph“. Rana will, dass kompetente Regulierung die Interaktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft ermöglicht. So wie die Dinge derzeit stünden, würden aber Versuche der Neuregelung dieses Verhältnisses als „Ausdruck des Wunsches der einen Seite, eine Kontrolle auszuüben, die die andere Seite vermeiden will“ gesehen.

Ranas Aufsatz erschien im *Economic and Political Weekly* (EPW), der wichtigsten, in Bombay erscheinenden sozialwissenschaftlichen Zeitschrift Südasiens. Rana empfiehlt Pakistan, sich ein Beispiel an Indien zu nehmen, wo NGO-Gesetze sowohl Bundes- als auch Landeskompetenz sind und neue institutionelle Konzepte entstanden sind. Leider läuft aber auch in Indien nicht alles rund. In derselben EPW-Ausgabe zeigt Rajesh Tandon vom Think-tank PRIA in Delhi in einem Aufsatz über indische Non-profit-Organisationen erheblichen Reformbedarf auf.

Tandon zufolge ist das indische Szenario ähnlich verwirrend wie das pakistanische. Nicht alle relevanten Organisationen sind angemeldet – und wenn sie sich anmelden, können sie dafür verschiedene Gesetze mit verschiedenen Rechtsformen aus der Kolonialzeit wählen. Auch in Indien ist die genaue Zahl der relevanten Organisationen unbekannt. Unklar bleibt sogar, in welchem Maße Non-profit-Organisationen Geschäfte tätigen dürfen.

Wie Rana geht es auch Tandon nicht darum, dem Staat Macht über die NGOs zu geben. Bessere Regeln sollen das Gemeinwohl fördern. Er betont, dass den Interessen der indischen Zivilgesellschaft eine Reform des Institutions- und Rechtsrahmens für Registrierung, Rechenschaftspflicht und Management ihrer Organisationen diene.

QUELLEN

Rana, M. A., 2017: *Perfect strangers – The state and NGOs in Pakistan*. EPW, January 21, p. 93. <http://www.epw.in/journal/2017/3/special-articles/perfect-strangers.html>

Tandon, R., 2017: *The hidden universe of non-profit organisations in India*. EPW, January 21, p. 79. <http://www.epw.in/journal/2017/3/insight/hidden-universe-non-profit-organisations-india.html>



Mehr Informationen über zivilgesellschaftlichen Aktivismus wären sowohl in Indien als auch in Pakistan nützlich: Mit der Kampagne #missinggirls macht eine Künstlerin aus Kalkutta auf Kinderprostitution und Menschenhandel aufmerksam.

Allein als Flüchtlingsmutter

Die 36-jährige Elizabeth Atoch hat drei Kinder. Sie steht um vier Uhr morgens auf, um das Frühstück zu machen. Sie muss auf ihre Kinder aufpassen und verkauft Lebensmittel, um etwas Geld zu verdienen. Atoch hat ihren Mann im Januar 2014 im Bürgerkrieg im Südsudan verloren. „Mein Mann wurde von Rebellen im Kampf getötet“, erklärt sie.

Die junge Mutter floh nach Norduganda und lebt nun im Nyamanzi-Flüchtlingscamp. Sie war nach dem Tod ihres Mannes am Boden zerstört, aber sie musste ihr Bestes geben, um ihre Kinder großzuziehen. „Wenn ich komplett verzweifelt wäre und ewig meinen Mann betrauert hätte, hätten meine Kinder nie einen Neustart erlebt“, sagt sie mit trauriger Stimme.

Ihre Ersparnisse betragen 500 000 Uganda-Schilling, das entspricht etwa 15 Dollar, und sie musste irgendwie Geld verdienen. Einen Monat nach ihrer Ankunft, begann Atoch ein Geschäft. Heute gehen sie und einige andere Frauen ihren Geschäften im so genannten „Hauptmarkt“ nach. Dieser besteht aus Plastikzelten und strohgedeckten Unterständen. Einige Frauen verkaufen trockenes Feuerholz, das sie vom nächstgelegenen Wald holen. Atoch kocht Tee vor Sonnenaufgang und serviert ihn ihren Kunden mit Kuchen zum Frühstück.

Von den spärlichen Einnahmen muss sie ihre Kinder durchbringen. „Ich muss Fleisch, Fisch und Öl kaufen, um die Essensrationen der UNHCR aufzubessern“, sagt sie. Die UNHCR ist die Flüchtlingsorganisation der UN, die Hilfsgüter im Camp verteilt.

Die Situation der Flüchtlinge in Uganda wird wegen des anhaltenden Konflikts im Südsudan immer schlimmer. Wegen der Unruhen im Südsudan und in der Demokratischen Republik Kongo gibt es seit Jahren einige große Flüchtlingslager in Uganda. Schätzungen zufolge ist Bidibidi, ein kleiner Ort in Norduganda, seit Juli 2016 das viertgrößte Flüchtlingslager der Welt.

Laut der Real Medicine Foundation, die die UNHCR unterstützt, sind 469 737 neue Flüchtlinge im zweiten Halbjahr 2016 in Uganda angekommen und 272 206 von ihnen wurden nach Bidibidi geschickt. Die große Mehrheit von ihnen – 86 Prozent – sind Frauen und Kinder.

In den Flüchtlingscamps in Uganda werden zehntausende geflüchtete Südsudanesen regelmäßig mit Maismehl, Bohnen und Öl versorgt. Es gibt Gesundheitseinrichtungen der UN, aber die Flüchtlinge beklagen, dass es zu wenige Medikamente gibt. Wenn Kinder krank werden, sind Eltern von Privatkliniken abhängig, um schneller behandelt zu werden und bessere Medikamente zu bekommen. Viele können dies aber nicht bezahlen. Für alleinerziehende Mütter wie Atoch ist es schwer, für ihre Kinder zu sorgen.

„Wenn ich meine Kinder betrachte, sehe ich meinen Mann“, sagt sie. „Aber ich bin froh, dass sie gesund und glücklich sind, auch in einem Flüchtlingslager.“

LINKS

UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees)

– **Data: South Sudanese refugees in Uganda.**

<http://data.unhcr.org/SouthSudan/country.php?id=229>

Real Medicine Foundation – Bidibidi Refugee Settlement, Uganda:

<http://www.realmedicinefoundation.org/our-work/countries/uganda/initiatives/healthcare-implementing-partner-for-unhcr-at-bidibidi-refugee-settlement/>



PHILIP THON ALEU
ist Journalist und lebt in Juba, Südsudan.

pthonaleu@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
58. Jg. 2017

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
<http://www.engagement-global.de>

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Geschäftsführer:
Oliver Rohloff

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,
Dagmar Wolf (Assistenz)
Tel. (0 69) 75 01-43 66,
Fax (0 69) 75 01-48 55,
euz.editor@fs-medien.de
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die Frankfurter Societät GmbH.
Art direction: Sebastian Schöpsdau, Layout: Nina Hegemann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer, Carola Torti

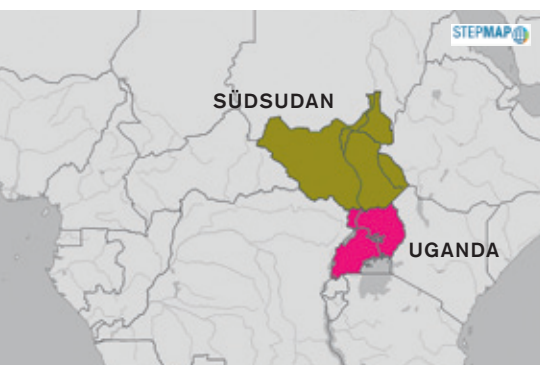
ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Frankfurter Societäts-Medien GmbH,
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fs-medien@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürststraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.



G20

Eine Welt – unsere Verantwortung



„Die Stabilität und Widerstandskraft der Gesundheitssysteme der internationalen Gemeinschaft müssen gestärkt werden“: Untersuchung einer schwangeren Frau in Brazzaville.

Die Bundesregierung setzt die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) hoch auf die Tagesordnung des G20-Gipfels in Hamburg. Hans-Joachim Fuchtel, parlamentarischer Staatssekretär bei dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, erklärt, worum es geht.

Von Hans-Joachim Fuchtel

Global haben wir entwicklungspolitisch bereits viel erreicht: Die absolute Armut hat sich reduziert, es wird weltweit mehr Nahrung produziert, Krankheiten werden bekämpft und immer mehr Menschen haben Zugang zu Bildung. Dennoch müssen weitere und größere Anstrengungen unternommen werden, um Armut, Hunger und Ungleichheit endgültig zu überwinden und die Konsequenzen des Klimawandels abzumildern.

Mit Blick auf die großen globalen Herausforderungen unserer Zeit wurde auf dem Gipfel der Vereinten Nationen in New York im September 2015 die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Sie hat die Form eines Weltzukunftsvertrags und soll allen Menschen in der Welt bis zum

Jahr 2030 ein Leben in Würde, Frieden und Freiheit und in einer gesunden Umwelt ermöglichen. Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 verknüpfen das Nachhaltigkeitsprinzip mit den drei Dimensionen von sozialer, ökologischer und ökonomischer Entwicklung. Sie werden getragen vom Geist einer neuen globalen Partnerschaft, denn erstmals sind alle Staaten der Weltgemeinschaft – reiche wie arme – gleichermaßen aufgefordert, sich für ihre Erreichung einzusetzen.

Die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) werden bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine Schlüsselrolle einnehmen. Erster Schritt dafür war die Verabschiedung eines Aktionsplans auf dem G20-Gipfel in China vergangenen Herbst. In diesem Jahr hat Deutschland den G20-Vorsitz inne. Das bietet die Chance, entschieden voranzugehen und die Umsetzung der Agenda 2030 zügig mit Leben zu füllen.

Unter deutscher Präsidentschaft soll die G20 als zentrales Forum für die internationale Wirtschaftszusammenarbeit gestärkt werden. Dabei geht es uns darum, sich gemeinsam wichtigen internationalen

Herausforderungen zu stellen. Dies schließt den fortschreitenden Klimawandel, sich verschärfende Umweltrisiken wie Dürren oder Überschwemmungen sowie die Bekämpfung von Fluchtursachen mit ein.

Die Erfahrungen mit Ebola haben uns gezeigt, dass die Stabilität und Widerstandskraft der Gesundheitssysteme der internationalen Gemeinschaft gestärkt werden müssen. Das wollen wir ganz praktisch mit einer gemeinsamen Pandemieübung angehen. Zudem ist uns ein gemeinsames Vorgehen gegen Antibiotikaresistenzen wichtig. Außerdem wird sich die G20 mit der rasanten Digitalisierung unserer Welt befassen, die bereits tiefgreifende Veränderungen für Wirtschaft und Gesellschaft nach sich zieht. Ziel muss es sein, dass alle – insbesondere auch Frauen in Entwicklungsländern – von den Chancen der Digitalisierung profitieren können. Andere wichtige Themen werden Informationsaustausch, Steuergerechtigkeit und Transparenz sowie nachhaltige Lieferketten sein.

Ganz besonders wollen wir die Partnerschaft der G20 mit Afrika fördern. Unter dem deutschen Vorsitz möchten wir gemeinsam mit interessierten afrikanischen Partnern daran arbeiten, mehr nachhaltige Investitionen des Privatsektors in Afrika zu ermöglichen. Dazu braucht es attraktive und verlässliche Rahmenbedingungen vor Ort sowie engagiertere Unternehmen – auch aus Deutschland.

Für all diese Herausforderungen braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung der Staaten, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft. Lösungsansätze können nur gemeinsam gefunden und erfolgreich umgesetzt werden. Die praktische Erfahrung vor Ort zählt – alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland können einen Beitrag leisten, diskutieren, Erfahrungen mit anderen im In- und Ausland austauschen – und so aktiv unsere Welt mitgestalten. In vielen Gesprächen, die ich mit unterschiedlichen Interessensgruppen und Akteuren führe, wird mir immer wieder deutlich, wie hoch das Engagement auf lokaler Ebene für nachhaltige Entwicklung ist – hierauf gilt es unbedingt aufzubauen!



HANS-JOACHIM FUCHEL
ist parlamentarischer
Staatssekretär bei
dem Bundesminister
für wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung.

<http://www.bmz.de>

REGIERUNGSFÜHRUNG

Kenias Politik der Persönlichkeiten

Im politischen Spiel hat Afrikas Führungselite schon auf einige Karten gesetzt: die antiwestliche, die ethnische und die Arbeitsplatzkarte, wobei nur noch wenige Wähler an Letztere glauben. Kenias Präsident Uhuru Kenyatta hat sich bereits aller Karten bedient. Sein Beispiel zeigt, dass die politische Elite schwer zu kippen ist.

Von Sella Oneko

Mit 55 Jahren macht er noch Eindruck auf Kenias junge Bevölkerung. Er ist eloquent und wurde sein Leben lang darauf vorbereitet, in die Fußstapfen seines Vaters Jomo Kenyatta zu treten, der Kenias erster Präsident war. Seine Chancen auf eine Wiederwahl im August stehen gut. Das heißt jedoch nicht, dass in Kenia alles in Ordnung wäre.

Die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch beschreibt die Lage so: „Kenias Versuch, seine wachsende Sicherheitskrise zu bewältigen, ist von schweren Menschenrechtsverletzungen durch kenianische Sicherheitskräfte geprägt, darunter außergerichtliche Tötungen, willkürliche Verhaftungen und Folter. Selten untersucht oder verfolgt die Regierung Übergriffe durch Sicherheits-

kräfte. (...) Kenia hat versucht, die Zivilgesellschaft und unabhängige Medien einzuschränken.“ Zudem lasse die Aufklärung der Straftaten bei den Unruhen nach den Wahlen 2007/08 zu wünschen übrig. Damals starben mindestens 1100 Menschen, und 650 000 wurden vertrieben.

Kenyatta und sein Vizepräsident William Ruto waren in die Unruhen involviert, damals noch auf gegnerischen Seiten. Die beiden Politiker gehören unterschiedlichen ethnischen Gruppen an, und die Unruhen hatten eine starke ethnische Komponente.

Interessanterweise hat Kenyatta zweimal von den Unruhen profitiert. Unter seinem Vorgänger Mwai Kibaki wurde er 2007/08 Finanzminister. Später schmiedete er ein Bündnis mit Ruto und mobilisierte die Wählerschaft gegen den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, der sowohl gegen ihn als auch gegen Ruto wegen ihrer Rolle bei den Unruhen ermittelte. Kenyatta und Ruto beschimpften den Gerichtshof als neokoloniales Instrument, von dem sich Kenia befreien müsse. Das Gericht musste die Anklage später aufgrund fehlender Beweise fallen lassen. Angeblich wurden Zeugen eingeschüchert.

Nach den Unruhen wurde es für Kenias Politiker schwieriger, die ethnische Karte zu spielen. Es gab neue Gesetze gegen „Hassreden“, und eine neue Verfassung gab den Regierungen der verschiedenen Regionen Kenias mehr Macht. Die Wahlen 2013 verliefen friedlich.

Nichtsdestotrotz spielen Ethnizität, Klan und Familie nach wie vor eine Rolle in Kenia – egal ob es um einen Arbeitsplatz oder ein politisches Amt geht. Noch immer glauben viele Menschen, dass nur ein Mitglied der eigenen Gruppe die Heimatregion entwickeln und die Menschen dort ernähren und unterstützen wird. Die ethnische Politik hat eine lange Tradition. Schon zu Kolonialzeiten wurde sie von den Briten nach dem Motto „teile und herrsche“ ausgenutzt.

Zudem ist Korruption in Kenia noch immer ein großes Problem. Ob es die veruntreuten Gelder des National Youth Service



oder des Gesundheitsministeriums sind – man würde denken, dass der Präsident zumindest dafür Verantwortung übernimmt. Stattdessen distanziert er sich davon und versucht, das Land im Kampf gegen den Terror zu vereinigen. Dabei geraten somalische Flüchtlinge, ethnische Somalier und Kenias muslimische Bevölkerung leicht unter Generalverdacht.

Kenyatta ist jedoch nicht Kenias einziger „Thronanwärter“. Der ehemalige Premierminister Raila Odinga läuft sich ebenfalls warm. Sein Vater war der erste Vizepräsident Kenias. Und obwohl seine Wurzeln im politischen Aktivismus liegen, gehört er mittlerweile der politischen Elite an. Odinga trat 2007 gegen Kibaki und 2013 gegen Kenyatta an. Sowohl er als auch Kenyatta gehören heute zu Kenias reichsten Menschen.

Die Wahlen dieses Jahr wird Kenyatta vermutlich gewinnen. Die große Frage ist, was in fünf Jahren passiert. Dass er versucht, die verfassungsmäßigen zwei Amtszeiten zu verlängern, ist unwahrscheinlich – die Gefahr, dass das Land ins Chaos stürzt, wäre zu groß. Kenyatta ist noch jung und könnte Geschäftsmann oder politischer Berater werden. Im Falle seines Sieges in diesem Jahr hoffen also viele Kenianer darauf, dass er es nicht noch einmal versucht.



Ab jetzt sind wir Freunde: Kenyatta und Ruto auf einer Wahlkampfveranstaltung 2013.



SELLA ONEKO
ist freiberufliche
Journalistin.

Twitter: @sellaoneko

KORRUPTION

Irreführender Index



Polizisten bewachen den Eingang einer Bank in Panama, der US-Behörden Geldwäsche vorgeworfen haben.

Afrikanische Länder gelten international als besonders korrupt. Dieses Image beruht zum Teil auf zweifelhaften Messinstrumenten und ist eine immense Verkürzung der Problematik. Die Steuervermeidung internationaler Firmen kostet afrikanische Staaten weitaus mehr Geld als die Korruption ihrer Politiker und Beamten.

Von Nico Beckert

Das bekannteste Messinstrument für Korruption ist der Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International (TI) (s. Artikel S. 7). Dieser misst nicht direkt Korruption, sondern die Wahrnehmung, die Menschen von der Korruption in einem Land haben. Der Index hat zwei Hauptprobleme: Zum einen definiert er Korruption nur als Bestechlichkeit von Amtsträgern und Politikern und vernachlässigt damit korrupte Praktiken in der Wirtschaft. Zum anderen werden nicht die Bürger eines Landes befragt, sondern hauptsächlich Geschäftsleute und sogenannte Länderexperten.

Diese tauschen sich aus und übernehmen zum Teil Einschätzungen anderer, ohne selbst Erfahrungen in dem betreffenden Land gemacht zu haben. Die Korruptionswahrnehmung kann dann ungerechtfertigterweise steigen. Auch die negative Berichterstattung der Medien zum Thema Korruption in vielen

afrikanischen Ländern, aber auch in Brasilien, kann den Wert künstlich aufblähen. Aus diesem Grund ist der Index mittlerweile auch bei TI intern umstritten.

Die internationale Dimension von Korruption wird tendenziell übersehen – obwohl häufig im Westen geschaffene Strukturen Korruption begünstigen. Die Auswirkungen korrupten Verhaltens internationaler Unternehmen sind nicht zu unterschätzen: So verlieren die Staaten Afrikas beispielsweise mehr Geld durch die Steuervermeidung internationaler Konzerne, als sie an Entwicklungshilfe erhalten.

STEUERVERMEIDUNG UND -HINTERZIEHUNG

Die United Nations Economic Commission for Africa schätzt, dass Afrika jedes Jahr rund 50 Milliarden Dollar aufgrund von illegalen Finanzströmen verliert. Laut OECD-Schätzungen stammen mehr als 30 Milliarden Dollar (65 Prozent) davon aus „kommerziellen Transaktionen“, also unter anderem Steuervermeidung und -hinterziehung. Nur geschätzte 2 bis 3 Milliarden Dollar (fünf Prozent) stammen aus der Korruption, wie sie TI im Wahrnehmungsindex definiert, also der Bestechlichkeit von Amtsträgern.

Erleichtert wird der immense Abfluss potenzieller Steuergelder durch Steuer-

oasen, und diese finden sich bei weitem nicht nur in der Karibik und der Schweiz. Im aktuellen Ranking der Schattenfinanzplätze des Tax Justice Networks stehen die USA auf Platz 3, Deutschland auf Platz 8, Japan auf Platz 12 und Britannien auf Platz 15. Für das Kapital internationaler Unternehmen und korrupter Politiker ist ein weltweites System von „sicheren Häfen“ entstanden.

BESTECHUNG DURCH INTERNATIONALE FIRMEN

Ein aktueller UN-Bericht beleuchtet Fälle von grenzüberschreitender Korruption in Afrika. In 99,5 Prozent der Fälle geht die Korruption dabei von nichtafrikanischen Unternehmen aus. Es sind also nicht die in Nachbarländern aktiven afrikanischen Unternehmen, die Bestechungsgelder an ihre „Gastregierungen“ bezahlen, sondern größtenteils internationale Firmen. Einschränkung muss allerdings gesagt werden, dass der Bericht nur grenzüberschreitende Korruption untersucht und keine Aussagen zur Zahlung von Bestechungsgeldern durch einheimische Unternehmen macht.

Hier werden erneut die Mängel des Wahrnehmungsindexes deutlich. Er erfasst nicht die zumeist internationalen Wirtschaftsakteure, die Bestechungsgelder zahlen, sondern nur die Amtsträger und Politiker, die diese Gelder annehmen. Auch durch diesen einseitigen Fokus auf die Empfängerseite stehen „die Afrikaner“ am Ende als korrupter da als internationale Firmen, die durch ihre Zahlungen Korruption aber meist erst ermöglichen.



NICO BECKERT
ist freier Journalist.
nico.beckert@gmx.net
Blog: www.zebralog.com
wordpress.com

LINKS

The African Leadership and Progress Network:
<http://africanprogress.net/>

Tax justice network, 2015: Financial secrecy index.

<http://www.financialsecrecyindex.com/introduction/fsi-2015-results>

United Nations Economic Commission for Africa, 2016: Measuring corruption in Africa.

The international dimension matters.

http://www.uneca.org/sites/default/files/PublicationFiles/agr4_eng_fin_web.pdf

MYANMAR

Euphorie weicht Ernüchterung

Nach den Parlamentswahlen am 8. November 2015 in Myanmar waren die Hoffnungen groß. Nach Jahrzehnten repressiver Militärdiktatur gewann die Nationale Liga für Demokratie (NLD) die Mehrheit – eine neue Ära kündigte sich an. Doch ein Jahr später lässt der demokratische Wandel zu wünschen übrig, und bestehende Konflikte haben sich weiter verschärft.

Von Christina Grein

Im Wahlkampf hatte die international als Demokratie-Ikone gefeierte NLD-Vorsitzende Aung San Suu Kyi für ein neues, demokratisches und gerechteres Myanmar geworben, in dem die Stimmen aller Bevölkerungsteile gehört werden. Sie wollte sich insbesondere für nationale Versöhnung und die Schaffung einer demokratischen föderalen Union einsetzen.

Seit dem 1. April 2016 ist die neue Regierung im Amt. Für Suu Kyi wurde der Posten einer „Staatsrätin“ geschaffen, der sie de facto zur Regierungschefin macht. Das Militär besetzt jedoch nach wie vor ein Viertel aller Parlamentssitze, verfügt damit über eine Sperrminorität und kann so massiv Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Trotzdem herrschten anfangs Optimismus und Hoffnung auf einen wirklichen demokratischen Wandel im Land vor.

Zunehmend drängen jedoch Unzufriedenheit und Enttäuschung in den Vordergrund. 2016 war geprägt von der Verschärfung bestehender Konflikte. Insbesondere eskalierten bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppen und der staatlichen Armee sowie die Lage im Bundesstaat Rakhine.

Der Friedensprozess zwischen Myanmars Regierung und den ethnischen Gruppen stockt. Die von Suu Kyi initiierte Panglong-Konferenz wurde leider nicht zum erhofften Meilenstein. Entgegen Regierungsversprechen waren einige Konfliktakteure erst gar nicht eingeladen, und es gab



Aung San Suu Kyi pflanzt bei der Eröffnung des Nationalen Zentrums für Versöhnung und Frieden im Januar in Myanmars Hauptstadt Naypyitaw einen Baum.

so gut wie keinen Raum für offenen Austausch und Diskussion.

Der Preis, den die ethnischen Armeen für einen Platz am Verhandlungstisch zahlen müssen, ist hoch: Das Militär fordert ihre Entwaffnung und Demobilisierung. Doch das ist angesichts zahlreicher Übergriffe des Militärs auf Posten ethnischer Armeen riskant. Ohne vorherige politische Zugeständnisse seitens der Regierung wird sich hier auf absehbare Zeit nicht viel bewegen.

In letzter Zeit kam es wiederholt zu Gefechten, hauptsächlich im Bundesstaat Kachin und im nördlichen Shan-Staat, wo sich ein neuer Zusammenschluss ethnischer Armeen gebildet hat, die „Northern Alliance – Burma“. Zehntausende Menschen wurden in den vergangenen Wochen vertrieben, etliche flüchteten über die Grenze nach China, und die humanitäre Versorgung in den Konfliktgebieten wird durch die Behörden erschwert. Das Militär scheint hier ein Exempel seiner Macht statuieren und seine Verhandlungsposition im Friedensprozess stärken zu wollen.

Was jedoch seit Monaten alle Ereignisse überschattet und die internationale Berichterstattung dominiert, sind die dramatischen Entwicklungen im Bundesstaat Rakhine (siehe E+Z/D+C e-Paper 2017/02, S. 6). Nach Überfällen auf myanmarische Grenzposten im Oktober 2016, für die eine islamistische Rohingya-Gruppierung verantwortlich sein soll, begingen staatliche Sicherheitskräfte zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. Knapp 70 000 Menschen sind inzwischen nach Bangladesch geflohen, die UN halten Verbrechen gegen

die Menschlichkeit für sehr wahrscheinlich, darunter Vergewaltigungen und außergerichtliche Tötungen. Die Regierung dementiert bis heute jegliche Vorwürfe.

Auch in puncto bürgerliche und politische Rechte ist sie Verbesserungen bisher weitgehend schuldig geblieben. Zwar gab es Fortschritte wie die Aufhebung des Notstandsgesetzes, das zur Unterdrückung von Dissidenten eingesetzt wurde, und erste Schritte zur Bekämpfung der Straflosigkeit. Doch auch unter Suu Kyis Regie sind zivilgesellschaftliche Akteure und Journalisten mehrfach unter Druck geraten.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass sich die Machtkonstellationen im Land wenig verändert haben. Das Militär steht laut Verfassung außerhalb der Regierungskontrolle und besetzt zudem die entscheidenden Ministerien für Inneres, Verteidigung und Grenzfragen. Suu Kyi und die NLD haben hier kaum Gestaltungsraum. Umso mehr Anstrengungen sollte die Regierung in den demokratischen Reformkurs stecken. Durch Allianzen mit der Zivilgesellschaft könnte sie in diesem Jahr entscheidende Fortschritte bewirken.



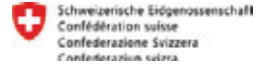
CHRISTINA GREIN
leitet die Burma-Initiative
der Stiftung Asienhaus.

christina.grein@asienhaus.de

LINK

Burma-Initiative:

<http://www.asienhaus.de/burma>



Einladung zur Einreichung von Beiträgen

PEGNet Konferenz 2017

Ungleichheit – Ursachen und Folgen

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Zentrum für Entwicklung und Kooperation, Zürich, Schweiz

11.-12. September, 2017

Das „Poverty Reduction, Equity and Growth Network“ (PEGNet) fördert den Dialog zwischen Forschern, Praktikern sowie politischen Entscheidungsträgern und bietet eine Plattform für die Präsentation und Diskussion von Forschungsarbeiten an, die für die Ausgestaltung und Umsetzung von Politikmaßnahmen relevant sind. Interessenten können auch dieses Jahr für die Jahreskonferenz 2017 wissenschaftliche und projektbezogene Forschungsbeiträge einreichen. Zudem ist die Bewerbung für den Best Practice Award offen, mit dem herausragende Kooperationsinitiativen von Forschung und Entwicklungspraxis geehrt werden.

Die Bewerbungsfrist für die Kurzfassung ist der **1. Mai 2017**. Bitte senden Sie diese als pdf oder Word Dokument mit dem Betreff „PEGNet Conference 2017“ an pegnet@ifw-kiel.de. Der Einsendeschluss für die vollständigen Papiere sowie zusätzliches Material für den Best Practice Award ist der **1. August 2017**.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Konferenzseite: www.pegnet.ifw-kiel.de

Media Partner: **D+C·E+Z**

RESILIENZ

Der Aufstieg eines Konzepts



Überlebende des Taifuns Yolanda auf den Philippinen: Ihre Notlage wurde 2013 zum Experimentierfeld für private Investitions- und Profitmöglichkeiten.

Resilienz ist zu einem zentralen Begriff in der Entwicklungspolitik geworden. Alle wichtigen Akteure haben in den vergangenen Jahren entsprechende Konzepte entwickelt und „Resilienzorientierung“ zum Maßstab ihrer Förderpraxis gemacht. Immer stärker dominiert das Konzept der Resilienz auch Strategien des Krisenmanagements in Bereichen wie Sicherheit, Klimawandel, Naturkatastrophen und Terrorismus. Es ist, so die Wissenschaftler Jeremy Walker und Melinda Cooper, zu einem „alles durchdringenden Begriff einer Weltordnungspolitik“ geworden.

Von Usche Merk

„Die Kosten humanitärer Krisen eskalieren. Es gibt einen dringenden Bedarf, Menschen und Gemeinden zu helfen, zunehmenden Schocks und Stressoren zu widerstehen und sich davon wieder zu erholen. In anderen Worten, ihnen zu helfen, ihre Resilienz aufzubauen.“ Mit diesen Worten bringt der aktuelle „EU-Aktionsplan für Resilienz in

krisenanfälligen Ländern 2013–2020“ die Situation auf den Punkt.

Spätestens seit 2010 lässt sich beobachten, dass nicht mehr Vulnerabilität, also Verwundbarkeit, sondern Resilienz die zentrale Kategorie in der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit darstellt. Statt der Schwächen und Bedürftigkeiten von Menschen und Gemeinschaften stehen nunmehr ihre Stärken und Fähigkeiten, mit Katastrophen und Krisen fertigzuwerden, im Zentrum. Diese Verschiebung hat insofern einen emanzipatorischen Gehalt, als sie den Blick auf die Widerständigkeit und die Selbsthilfekräfte von Menschen und Gemeinden lenkt, auf Überlebensstrategien, Handlungsfähigkeit, Selbstermächtigung und Unterstützungsnetzwerke. Das fordern kritische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) schon lange.

Das Paradoxe dabei: Indem mit der Verbreitung des Resilienzkonzepts die lokalen Kapazitäten in Krisenregionen als Ressource des Krisen- und Risikomanagements

„entdeckt“ wurden, ist der Anspruch, die Krise zu vermeiden, aus dem Fokus gerückt. In der technokratischen Logik der Resilienz werden Fluten, Dürren, Wirbelstürme, Kriege, Vertreibung, Flucht, Armut lediglich als „Schocks“ und „Stressoren“ wahrgenommen, aber nicht mehr als zu überwindende Ursachen der Krisen. Der verzweifelte Kampf von Menschen, in unmenschlichen Bedingungen zu überleben, wird zum Resilienzfaktor umdefiniert.

KRISE ALS NORMALZUSTAND

Welche Folgen diese Entwicklung zum Beispiel bei Gesundheitskrisen hat, beschreiben die internationalen Experten Stephanie Topp, Walter Flores, Veena Sriram und Kerry Scott so: „Resilienzstärkung scheint kaum eine Untersuchung oder Infragestellung der strukturellen Bedingungen zu beinhalten, die zur Dysfunktionalität eines Gesundheitssystems beitragen, wie historisch koloniale Erbschaften, aktuelle Handels- und Hilfs-

strukturen, Steuer- und Gesundheitsversicherungssysteme.“ Der Aufstieg des Resilienzdiskurses habe es Gesundheitsakteuren ermöglicht, Debatten über langfristige Visionen durch einen aktionsorientierten Diskurs zu ersetzen, der nur in kurzen Zeitspannen denke. In diesem Sinne wird die Krise als Normalzustand akzeptiert und hat Resilienz das Konzept der Nachhaltigkeit verdrängt: Letzteres zielte darauf ab, die Welt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Im Resilienzdiskurs geht es darum, mit einer unausgeglichene Welt zurechtzukommen.

Die Janusköpfigkeit dieses neuen Katastrophenmanagements zeigt sich in einer neuen „Rolle“ der hilfsbedürftigen Individuen, Gemeinschaften und Krisenregionen: Die Krisenbewältigung liegt in hohem Maße in ihrer Verantwortung und in ihrer Resilienz. Eine Fallstudie der italienischen Wissenschaftlerin Mara Bernadusi über ein resilienzförderndes Projekt nach dem Tsunami in Sri Lanka zeigt, wie die Betroffenen damit in eine Falle geraten: Zeigen sie sich nur vulnerabel, unterlaufen sie die Anforderungen der Förderung, ihre Resilienz zu stärken. Zeigen sie sich jedoch zu resilient, übererfüllen sie die Anforderungen und laufen damit Gefahr, als nicht mehr hilfsbedürftig eingestuft zu werden: „Um weitere Hilfe zu erhalten, mussten die Überlebenden sorgfältig überlegen, wie viel Resilienz sie zeigen. Sie mussten ‚gerade resilient genug‘ erscheinen, um förderungswürdig zu sein, aber nicht so resilient, um den Anschein der Verwundbarkeit nicht zu gefährden, der nötig ist, um Hilfe zu erhalten.“ Paradoxerweise sei die wichtigste Lektion, die die Dorfbewohner während des Wiederaufbaus lernten, die, wie sie die Position eines „guten Produkts des Tsunamis“ aufrechterhalten.

KONTROLL- UND SELEKTIONSINSTRUMENT

Um herauszufinden, wie man eine Gemeinschaft widerstandsfähiger – also resilienter – macht, werden spezifische Messinstrumente eingesetzt. So hat die Europäische Union einen Resilienzmarker entwickelt, anhand dessen der Erfolg von Hilfe gemessen, aber auch der Bedarf festgelegt wird. Auch die United States Agency for International Development (USAID) hat ausgeklügelte Instrumente ausgearbeitet, durch die letztlich Hilfsbedürftigkeit immer kleinteiliger nach unten definiert wird. Die Depth-of-Poverty-Messung bestimmt, wie viel Armut resilient

auszuhalten ist. Das Moderate-to-Severe-Hunger-Instrument definiert, ab wann man wirklich verhungert. Die Global-Acute-Malnutrition-Skala zeigt an, ab wann die Unterernährung unter das übliche Maß fällt. Immer resilienter zu werden gerät so zum Zwang, und Resilienzförderung wird zum Kontroll- und Selektionsinstrument von Hilfe. Das humanitäre Gebot, allen, die in Not sind, zu helfen, wird damit in Frage gestellt.

Mit dem Resilienzkonzept wird auch ein Paradigmenwechsel in der humanitären Finanzierung eingeläutet. Die zu Recht kritische Debatte über die Trennung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sowie der Mangel an Koordination zwischen humanitären Akteuren dienen als Legitimation, um das ganze System in Frage zu stellen. Exemplarisch dafür steht der Aktionsplan für Resilienz in krisenanfälligen Ländern, den die Europäische Union entwickelt hat. Die Neudefinition des Umfangs humanitärer Bedürfnisse und somit des Anspruchs auf Hilfe erlaubt es, verschiedene EU-Programme zu Risikomanagement, Katastrophenvorsorge, Klimawandelanpassung, sozialem Schutz, Ernährungs- und Nahrungsmittelsicherheit unter dem Querschnittsprinzip Resilienz zusammenzuführen – und damit letztlich Mittel zu kürzen.

Auf einer humanitären Tagung über Resilienz, auf der auch Hilfswerke der UN, die Europäische Union und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vertreten waren, fielen Sätze wie: „Menschen und Gemeinden müssen lernen, aus eigener Kraft Krisen zu überwinden, und sich schneller berappeln“, „Sie sollen ‚dürresilienter‘ werden“ oder „Wie kann man die Bedürfnisse verringern, um Kosten zu dämpfen?“. Diese Aussagen weisen darauf hin, was das „Querschnittsprinzip Resilienz“ in der Praxis bedeutet: die Verantwortung für die Folgen von Krisen an die davon Betroffenen abzuwälzen.

NEUES GESCHÄFTSFELD

Gleichzeitig öffnet sich die humanitäre Hilfe zunehmend der Privatwirtschaft. Überall wird um den privaten Sektor als vierte Säule neben Staat, Zivilgesellschaft und Wissenschaft geworben. Und diese hat die Katastrophenvorsorge als neues Geschäftsfeld entdeckt. Im Jahr 2015 kamen 70 bis 80 Prozent der Neuinvestitionen im Bereich der „Disaster Risk Reduction“ aus der Privatwirt-

schaft. Internationale Foren wie das „Global Disaster Relief Summit“ bringen UN-Organisationen, Weltbank, Sicherheitsberater, Finanzdienstleister, Stiftungen, USAID und große Hilfswerke mit privaten Investoren zusammen, die von Fahrzeugen, Logistikprodukten, Kommunikation, Sicherheitstechnologie und Pharmaprodukten alles verkaufen, um aus einer Katastrophe ein neues Geschäftsmodell mit „Resilienzdividende“ zu machen. Eine NGO-Studie belegt detailliert, wie der Wiederaufbau nach dem Taifun Yolanda auf den Philippinen 2013 zum Experimentierfeld für private Investitions- und Profitmöglichkeiten wurde. Statt „Building back better“, wie das Wiederaufbauprogramm genannt wurde, verschlechterte sich für viele arme Menschen die Situation dramatisch, während sich für Privatunternehmen im Bergbau, Agrar- und Tourismussektor ganz neue Business-Möglichkeiten ergaben.

Die Konjunktur des Resilienzkonzepts repräsentiert eine neoliberale Wende in der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Es darf aber nicht darum gehen, lediglich die „Resilienz“ von Menschen und Gemeinden zu stärken, die ohnehin schon all ihre Krisenstrategien, Widerstandskräfte, Netzwerke und Kreativität aufbringen, um in katastrophalen Zeiten zu überleben. Lokale Akteure brauchen Ressourcen und Unterstützung, um die Verantwortlichen von Krisen an deren Bewältigung zu beteiligen. Mit seiner Tendenz, emanzipatorische Konzepte zu vereinnahmen, kann das Resilienzkonzept nicht innerhalb des eigenen Diskurses in Frage gestellt werden. Daher braucht es eine Bewegung von außen, die sich der Entwicklung verweigert, die Praxis kritisch überwacht und Ansätze verteidigt, die noch Alternativen zur Logik der permanenten Krise entwickeln will.

Dieser Text ist eine stark gekürzte Fassung des Beitrages „Überleben in der Dauerkrise“, der im Mai 2017 in dem von medico international herausgegebenen Band „Fit für die Katastrophe? Kritische Anmerkungen zum Resilienzdiskurs im aktuellen Krisenmanagement“ erscheinen wird (Psychozial-Verlag).



USCHE MERK
ist Projektkoordinatorin
und Fachreferentin für
psychoziale Arbeit bei der
Nichtregierungsorganisation

medico international.
merk@medico.de

ODA

Transferleistungen helfen extrem Armen



Krankheit als Armutrisiko: Diese kambodschanische Familie hat ihren Ernährer (rechts) durch Krankheit verloren.

Deutschland und andere Industriestaaten messen der sozialen Sicherung in den eigenen Ländern eine große Bedeutung bei und geben viel Geld dafür aus. In der Entwicklungshilfe hingegen war das Thema weltweit lange Zeit quasi tabu. Doch nun nimmt es Fahrt auf – und kann mit dazu beitragen, extreme Armut zu beenden.

Von Frank Bliss

Seit etwa einem Jahrzehnt ist eine Wandlung zu verzeichnen: In einer Vielzahl von Ländern wurde zum Beispiel der Aufbau von Krankenversicherungen unterstützt. Dabei ging es aber primär um die technische Seite der Versicherungen und nur zögerlich um Finanzierungsbeiträge.

In letzter Zeit förderte die deutsche ODA (Official Development Assistance) etwa Gesundheitsgutscheine für extrem arme Bevölkerungsgruppen. Jedoch zeigten sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Durchführungsorganisationen weiterhin skeptisch, was selbst die an Konditionen gebundenen Geldtransfers an Arme betraf. Wenige Ausnahmen – zum Beispiel

in Malawi – bestätigten die Regel. Noch 2011 und 2012 lehnte der Deutsche Bundestag Entschließungsanträge ab, in denen es um soziale Transferzahlungen an Arme in Partnerländern ging.

Im Juni 2016 kam Bewegung in die Diskussion, als der Bundestag erstmals unter dem Stichwort soziale Sicherung ein stärkeres deutsches Engagement unter Einschluss von – zeitlich begrenzten – Sozialtransfers ausdrücklich einforderte. Die seither verstrichene Zeit ist zu kurz, um die Wirkungen dieser Entschließung zu messen. Aber die deutsche ODA wird sich dem Trend zu Instrumentarien für soziale Sicherung in der Entwicklungshilfe, den andere Geber wie die britische DFID schon seit Jahren mit großem Nachdruck verfolgen, sicher nicht entziehen können (siehe auch E+Z/D+C e-Paper 2017/01, S. 38).

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) fördert beispielsweise seit langem soziale Sicherungsprogramme auf den Philippinen und in Pakistan, vor allem zugunsten des Schulbesuchs von Kindern armer Haushalte. Dabei haben Kredite von jeweils gut 400 Millionen Dollar nationale Programme im zehnfachen finanziellen Um-

fang in Bewegung gesetzt. Die Wirkungen sind zwar umstritten, doch einer Evaluation zufolge führte die an Bedingungen geknüpfte Zahlung von rund 15 Dollar im Monat an arme Haushalte mit schulpflichtigen Kindern in den Jahren 2012 bis 2015 auf den Philippinen dazu, dass nahezu alle Kinder der extrem Armen eingeschult wurden. Dadurch stieg die nationale Einschulungsrate um sechs auf 98 Prozent. In Pakistan nehmen soziale Transfers inzwischen den dritten Platz im nationalen Budget ein.

AKZEPTANZ SCHAFFEN

Sozialleistungen an extrem Arme werden die zukünftige Entwicklungshilfe erheblich mitprägen. Allerdings stellen sich eine Reihe von Fragen bezüglich der Umsetzung. Zuerst müssen die Armen identifiziert werden – in Ländern mit geringen logistischen Kapazitäten sowie erheblichen Problemen in der Regierungsführung eine Herausforderung. Verfahren mit Kosten von mehr als 120 Millionen Dollar, wie sie derzeit in Pakistan laufen, sind sicher für die meisten Länder zu teuer. Außerdem reicht es angesichts erheblicher Fluktuation bei den Ar-

men nicht, alle fünf bis sieben Jahre arme Haushalte zu identifizieren.

Ein preiswertes und vor allem partizipatives Gegenmodell bietet Kambodscha mit „ID Poor“, das unter anderem mit deutscher Unterstützung ausgearbeitet wurde. Das Programm identifiziert Arme in einem relativ transparenten Prozess, und auch den als nicht arm eingestuften Familien erschließt sich, warum andere ärmer sind als sie selbst. Das schafft eine gewisse Akzeptanz für Transferleistungen an ausgewählte Gruppen auch seitens der Nichtbegünstigten.

Wer als arm eingestuft wird, erhält eine entsprechende Karte und kann zum Beispiel kostenlose Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen. Hierfür tritt ein nationaler Fonds ein, der Health Equity Fund, den die KfW mitfinanziert. Das System funktioniert auch deswegen gut, weil Menschen, die keine ID-Poor-Karte haben, aber trotzdem zu arm sind, um die Leistungen selbst zu bezahlen, nach einer zügigen Prüfung ebenfalls einbezogen werden.

MIT ODER OHNE BEDINGUNG

Eine weitere Frage werfen die Bedingungen von Geldtransfers auf. Im Tschad etwa

würde es keinen Sinn machen, den regelmäßigen Besuch werdender Mütter in Gesundheitszentren oder den Schulbesuch der Kinder zur Voraussetzung zu machen. In vielen Gegenden des Landes ist weder das eine noch das andere immer möglich. Dort wären bedingungslose Zahlungen an arme Haushalte die einzige Lösung.

Auch die in vielen Ländern weit verbreitete Korruption ist ein Problem. Im zentralasiatischen Tadschikistan beispielsweise soll ein Drittel der Bevölkerung seit Jahren Kompensationszahlungen für steigende Energiepreise erhalten. Untersuchungen zeigen jedoch, dass kaum ein Haushalt diese Vergünstigung tatsächlich erhält.

Sozialtransferzahlungen könnten zukünftig per Handy erfolgen; damit würde die Unterschlagung auf der untersten Ebene entfallen. Kenia praktiziert dieses System mit M-Pesa seit zehn Jahren erfolgreich. Weltweit werden weitere Modelle getestet. Es wird allerdings einige Zeit dauern, bis die jeweils passende Lösung gefunden ist. Zum Beispiel scheint das Fehlen eines Handys momentan einer der wichtigsten Indikatoren für extreme Armut einer Familie zu sein. Schließlich muss geklärt werden, an wen die Transfers gehen sollen, um eine

gute Wirkung zu erzielen: an „den Haushalt“ oder etwa an Mütter, die damit primär die Ernährung ihrer Familie sicherstellen.

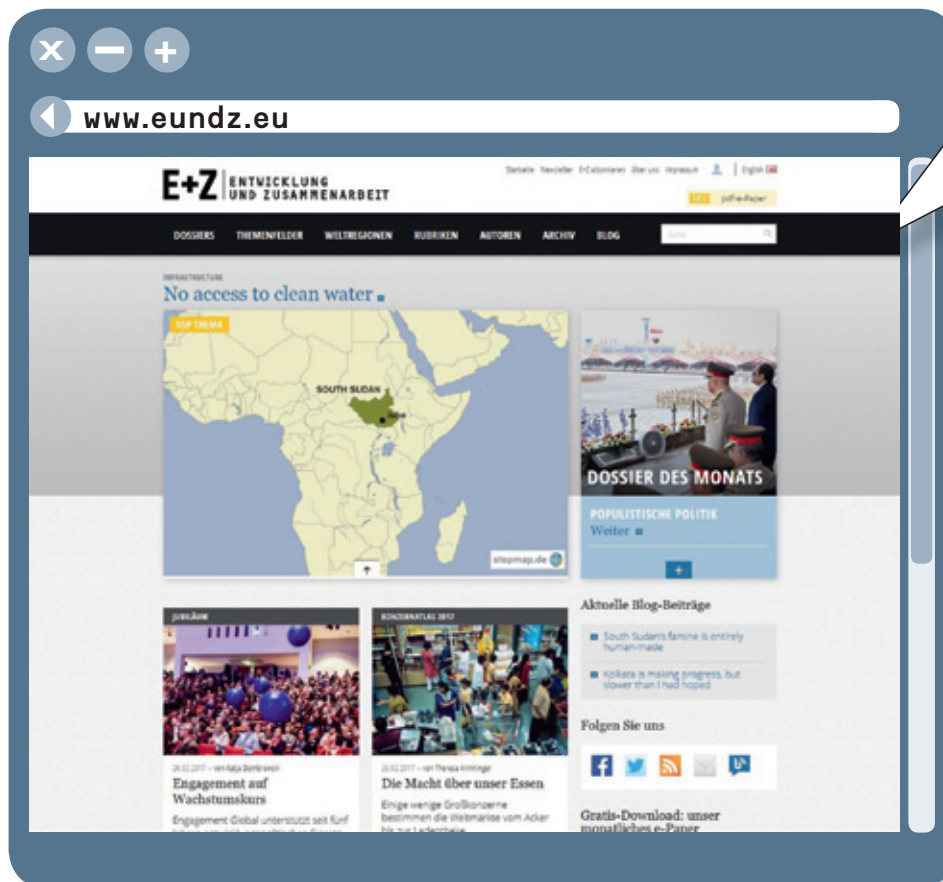
Die deutsche ODA wird sich nun wohl verstärkt mit diesen Fragen beschäftigen, und vielleicht gelingt es so auch mit deutscher Unterstützung, die Ärmsten bis 2030 tatsächlich über die Armutsschwelle zu bringen und niemanden zurückzulassen, wie es die Sustainable Development Goals (SDGs) einfordern. Dazu gehört auch die grundsätzliche Entscheidung, jenen weltweit circa 250 Millionen Menschen – vor allem Alte, Behinderte und Kinder –, die sich nicht selbst helfen können und die die Instrumente der selbsthilfeorientierten ODA nicht erreichen, sehr bald zu einem bedingungslosen Grundeinkommen zu verhelfen.



FRANK BLISS
ist Professor für Ethnologie an der Universität Hamburg und untersucht derzeit im Rahmen eines INEF-BMZ-


Forschungsvorhabens Möglichkeiten, extrem arme, vulnerable und ernährungsunsichere Menschen durch die staatliche EZ besser erreichen zu können.

bliss.gaesing@t-online.de



Besuchen Sie unsere Website unter www.EundZ.eu





Politische Bildung in Mazar-e Sharif, Afghanistan: Eine junge Frau schlüpft in die Rolle des UN-Generalsekretärs und gibt ein Fernsehinterview.

Frieden erfordert ziviles Engagement

Frieden zu schaffen und zu bewahren ist leichter gesagt als getan. Ein wichtiger Grund ist, dass Gewalt Vertrauen in wenigen Sekunden zerstört, es aber sehr lange dauert, bis neues Vertrauen wächst. Dauerhafter Frieden ist aber nur möglich, wenn Menschen wissen, dass Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Dafür müssen sie Mittel haben, um ihre eigenen Interessen gewaltfrei zu vertreten. Bewaffnete Sicherheitskräfte sind wichtig, können aber das nötige Vertrauen nicht herstellen, denn ihre Autorität beruht letztlich auf Gewehren, Pistolen und Schlagstöcken. Ziviles Engagement und verantwortungsvolle Institutionen sind nötig – sowohl um Gewaltkonflikten vorzubeugen als auch um Gesellschaften nach Gewaltkonflikten wieder zu stabilisieren.

„Dies ist der Übergang vom Krieg zum Frieden“

Nach mehr als einem halben Jahrhundert Bürgerkrieg gilt in Kolumbien ein Friedensvertrag. Guerillagruppen, Paramilitärs sowie die Regierung versuchen, sich über Entwaffnung und Versöhnung zu verständigen. Die ländlichen Regionen Kolumbiens litten früher besonders unter dem Bürgerkrieg und Drogenhandel; hier – weit weg von der Hauptstadt – haben lokale Akteure das Sagen, und die Schritte hin zum friedlichen Zusammenleben sind schwierig umzusetzen. Die feministische Organisation „Ruta Pacífica de las Mujeres“ ist seit zwei Jahrzehnten landesweit für den Frieden aktiv. Die Lehrerin Amanda Camilo Ibarra, Repräsentantin von „Ruta Pacífica“ in der südlichen, früher hart umkämpften Region Putumayo, erklärt die Situation vor Ort.

Amanda Lucía Camilo Ibarra im Interview mit Sheila Mysorekar

Wie kamen Sie dazu, sich für den Frieden zu engagieren?

Nachdem ich als Lehrerin ausgebildet war, kehrte ich aus der Hauptstadt Bogotá zurück in mein Heimatdorf in der Region Putumayo. Meine Tochter wurde geboren, aber als sie ein kleines Kind war, erkrankte sie aufgrund einer abgelaufenen Impfung schwer und blieb halbseitig gelähmt. In unserer Gegend war die Gesundheitsversorgung sehr schlecht. Ich begann, mich für bessere Lebensbedingungen einzusetzen, damit so etwas keinem anderen Kind mehr passieren würde. Es gab in unserem kleinen

Ort Puerto Caicedo eine politische Gruppe, die sich mit Frieden und Gerechtigkeit beschäftigte, unter Führung des – später ermordeten – Pfarrers Alcides Jiménez Chingana. Dort ging ich hin und engagierte mich.

Warum haben Sie sich der feministischen Organisation „Ruta Pacífica de las Mujeres“ angeschlossen?

Mein Beruf ist Lehrerin, aber aus Überzeugung bin ich Kämpferin für die Menschenrechte. 1996 gab es einen ersten Marsch von Frauen für den Frieden, im Norden des Landes; dies war der Anfang der Organisation „Ruta Pacífica de las Mujeres“. 1997 organisierten wir zusammen mit Pater Jiménez bei uns im Süden ein regionales Frauentreffen. Das schien mir ein guter Weg zu sein, um für Menschenrechte, aber auch für Frauenrechte einzutreten. Seitdem, also seit 20 Jahren, bin ich Koordinatorin dieser Organisation in der Region Putumayo.

Wie setzt sich Ruta Pacífica für den Frieden ein?

Der komplette Name unserer Organisation lautet: „Ruta pacífica de las mujeres por la trámite política de los conflictos en Colombia y la visibilización de las violencias contra las mujeres“ („Der friedliche Weg der Frauen für die politische Bearbeitung der Konflikte in Kolumbien und der Sichtbarmachung der Gewalt gegen Frauen“). Der Name ist auch Programm. Die Friedensarbeit läuft bei uns folgendermaßen:

- Vorfall,
- Untersuchung,
- Volksbildung, formell und informell,
- Mobilisierung,
- Wissensproduktion und
- Empowerment von Frauen, Anführerinnen und ihren Organisationen.

Alles läuft nach den Prinzipien Feminismus, Pazifismus, Antimilitarismus, Gewaltfreiheit und Dialog.

Sind Sie oder Ihre Organisation je bedroht worden?

Es gibt viele Leute, die gegen den Frieden sind. Alle unsere Leiterinnen sind bedroht worden. Mich haben die Paramilitärs permanent verfolgt und bedrängt. 2009 sind sie in mein Haus eingedrungen und haben um sich geschossen, einen Nachbarn



Bei der FARC-Guerilla kämpften auch viele Frauen.



getötet und meinen Schwager verletzt. Ich war zufällig an diesem Tag nicht zu Hause. Ein anderes Mal hat eine paramilitärische Gruppe einen meiner Brüder entführt. Ich habe ihn in den Bergen gesucht und zum Glück lebend gefunden. Viele Frauen wurden ermordet; andere haben sich aus Angst aus der Bewegung zurückgezogen. Wir haben auch eine Radiosendung namens „Mujer, Caminos y Futuro“ (Frau, Wege und Zukunft), und wir wurden öfters bedrängt, diese Sendung aufzugeben. Eine andere Bedrohung für die Landbevölkerung sind die Antipersonenminen, Munitionsdepots und improvisierte Sprengvorrichtungen, die sich nach wie vor allorts im Boden befinden.

Wie haben Sie in Ihrem Dorf den bewaffneten Konflikt erlebt?

Es war schrecklich. Ungefähr die Hälfte der Bevölkerung wurde vertrieben. Menschen verschwanden reihenweise, vor allem Frauen. Wir haben Drohungen erlebt, Vergewaltigungen, Massaker, willkürliche Verhaftungen, Machtkämpfe zwischen verschiedenen bewaffneten Gruppen und Drogenterrorismus. Der Staat war überhaupt nicht präsent und wenn, nur indem unsere Äcker aus der Luft mit Glyphosat besprüht wurden, angeblich um Cocapflanzen zu vernichten. Die Paramilitärs zwangen junge Mädchen aus dem Dorf zur Prostitution. Eine Freundin von mir wurde ermordet und ihre Genitalien verstüm-

melt. Einer indianischen Frau schnitten die Paramilitärs die Zunge ab und töteten sie dann. Oft wurde den Angehörigen nicht erlaubt, die Leichen zu holen und christlich zu begraben. Sogar unser Pfarrer Alcides Jiménez Chicangana wurde 1998 ermordet, während er die Messe zelebrierte.

Haben in dieser Gegend die Menschen für den Frieden gestimmt?

Die große Mehrheit ja.

Was erwartet die Landbevölkerung nun?

Dass sowohl die Regierung als auch die Guerilla sich an die Abmachungen halten. Angst und Misstrauen sind noch stark. Die Institutionen sind noch nicht auf die Post-Konflikt-Zeit vorbereitet. Die große Mehrheit der ehemaligen FARC-Guerilleros unterstützt aber den Friedensprozess.

Wie können denn Menschen friedlich zusammenleben, die sich noch bis vor kurzem umbringen wollten?

Das ist eine gute Frage! Die Antwort liegt in der Vergebung als zentraler Säule für die Versöhnung. Wir brauchen auch Strategien für eine Friedenspädagogik und vertrauensbildende Maßnahmen.

Wie läuft die Entwaffnung?

Dies ist nicht einfach, aber auch nicht unmöglich. Die Regierung muss sich an die Abmachungen halten und die Reintegration der Kämpfer ins zivile Leben schützen. Eine Begnadigung könnte den ehemaligen FARC-Guerilleros Sicherheit geben. Aber ihre Waffen müssen sie natürlich abgeben.

Wo sehen Sie die Schwierigkeiten?

Die Umsetzung muss möglichst bald beginnen, mit ausreichend finanziellen Mitteln. Sie sollte in den Händen der Communities bleiben, und diese müssen gut darauf vorbereitet werden. Das Vertrauen der Bevölkerung muss gewonnen werden. Es gibt jedoch verschiedene Hindernisse, zum Beispiel dass bald Wahlen auf uns zukommen, und generell ein hohes Maß an Korruption, patriarchale Verhältnisse, große soziale Ungleichheit und eine Wirtschaftskrise.

Wie kann neues Vertrauen in den Staat und die Justiz hergestellt werden?

Es ist möglich, wenn der Staat wirklich mit den Communities zusammenarbeitet

und gemeinsame Strategien für soziale Entwicklung plant. Bei der Umsetzung des Friedensprozesses muss die Bevölkerung informiert bleiben. Bezüglich der Justiz muss es einen Prozess der Übergangsjustiz geben sowie eine „Reinigung“ des Justizapparates.

Ist es möglich, sich in einem Dorf zu versöhnen, wo jeder weiß, wer wen getötet hat?

Ja, vorausgesetzt, dass ehrlich mit der Wahrheit umgegangen wird, dass es Gerechtigkeit gibt, Reparationen und die Garantie, dass dies nie wieder passiert. Wir benötigen Schulungen für Versöhnung und Aktionen der Erinnerung, damit nicht alles vergessen wird und Straflosigkeit regiert.

Was erwarten Sie persönlich vom Frieden?

Dass die Menschen wieder in Würde leben können und dass ich hier in meinem geliebten Heimatort ohne Angst wohnen kann – ich und alle anderen Frauen auch.

Ist dies das endgültige Ende des Krieges?

Man muss sich klarmachen, dass der Friedensvertrag nur den Übergang vom Krieg zum Frieden einläutet. Frieden ist eine kollektive Anstrengung, ein Recht und eine Pflicht für alle. Dafür werde ich weiter arbeiten.

Wie sieht die junge Generation die Zukunft?

Die jungen Leute sehen sich nicht als Zukunft, sondern betrachten sich als die Gegenwart des Landes. Sie fordern aktive Beteiligung am Friedensprozess. Die Studenten- und Jugendbewegungen sind diesbezüglich sehr aktiv. Im Dezember 2016 fand ein nationales Treffen in der Stadt Medellín statt, wo eine Jugendagenda für den Frieden in Kolumbien ausgearbeitet wurde. Meine Tochter, die inzwischen Studentin ist, nahm auch daran teil. Das hat mich sehr gefreut!



AMANDA LUCÍA CAMILO IBARRÁ
ist Koordinatorin der zivilgesellschaftlichen Friedensorganisation „Ruta

Pacífica Putumayo“. Sie lebt in Puerto Caicedo, Putumayo, Kolumbien.

rutaputumayo@rutapacifico.org.co

Vom Guerillero zum Friedensaktivisten

Sabas Duque ist ehemaliger Kämpfer der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia), der ältesten Guerillabewegung Kolumbiens. Heute arbeitet er als Leiter des „Zentrums für Versöhnung“ in Suba, einem Armenviertel der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá. Seine Lebensgeschichte ist exemplarisch für viele ehemalige Guerilleros in Kolumbien.

Geboren 1968, wuchs Duque in ärmlichen Verhältnissen an der Karibikküste auf. Ebenso wie seine 22 Geschwister durfte er nur so lange die Grundschule besuchen, bis er lesen und schreiben konnte.

Im Alter von 15 Jahren wurde er zusammen mit einem Dutzend anderer Jugendlicher von einem Kommandanten der FARC ausgewählt, um als Milizionär in seinem Dorf für Ordnung zu sorgen. „Als ich meine erste Waffe erhielt, erfüllte sich mein größter Wunsch“, erinnert er sich. In dieser Gegend besaßen nur Waffenbesitzer Autorität. Als Mitglied der FARC war Duque ein respektierter Mann, was ihm im zivilen Leben, als Sohn armer Bauern, verwehrt war.

In seiner Zeit bei der FARC heiratete Duque. Eines Nachmittags, als er nicht zu Hause war, wurde seine Frau von einem Kameraden der FARC vergewaltigt – ein Vergehen, das in der Guerilla hart geahndet wurde. Duque bekam von seinem Kommandanten die Erlaubnis, den Vergewaltigten umzubringen. „Ich tötete ihn, aber die Tat

verfolgte mich“, erzählt er. „Danach distanzierte ich mich von der FARC. Ich wollte eine legale Existenz.“ Die Familie zog in die Stadt Barranquilla, Duque arbeitete in einer Fabrik, und ihr erstes Kind wurde geboren.

Dann bekam Duque ein attraktives Angebot: Er sollte für die FARC im Logistikbereich arbeiten und die Lieferungen für den „Karibischen Block“ organisieren. Die gute Bezahlung lockte ihn, und so sagte er zu. Im Laufe der Jahre stieg er auf und wurde zum Logistikchef in der Karibik. In dieser Zeit bekam er zwei weitere Kinder mit seiner Frau.

Eines Tages wurde Duque bei der Übergabe einer Waffenlieferung vom Militär festgenommen und an die Paramilitärs übergeben. Diese folterten ihn im Auftrag des Militärs, um an Informationen zu kommen. „Ich verbrachte ein Jahr im Gefängnis, bis mein Kommandant einen Richter bestach, denn die FARC brauchte mich weiterhin für die Logistik.“ Aber ein halbes Jahr nach seiner Freilassung wurde Duque Opfer eines Attentats. „Ich hatte insofern Glück, als dass ich überlebt habe, aber seitdem bin ich querschnittsgelähmt und fast taub. Für die FARC konnte ich so nicht mehr arbeiten“, erzählt er. 2004 kehrte er der Guerilla den Rücken.

Mit anderen ehemaligen Kämpfern gründete er in Bogotá ein Komitee der Versöhnung und Wiedergutmachung, und seit neun



Sabas Duque, ehemaliger FARC-Kämpfer, heute Leiter eines Zentrums für Versöhnung in Bogotá.

Jahren ist er bei der Stiftung für Versöhnung aktiv. Diese international arbeitende zivilgesellschaftliche Organisation bietet Fortbildungen an, um eine politische Kultur der Vergebung und Versöhnung zu fördern. Sie betreibt mehrere Zentren der Versöhnung. Duque leitet eins davon in der Hauptstadt Bogotá.

Er sagt, er wolle es ehemaligen FARC-Kämpfern leichter machen, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Im Versöhnungszentrum arbeite er deswegen eng mit der Kolumbianischen Agentur für Reintegration zusammen. Es bietet Räume des friedlichen Zusammenlebens, in denen ehemalige verfeindete Kämpfer der Guerilla und Paramilitärs, aber auch Opfer des Konflikts und andere Anwohner des Viertels die Möglichkeit haben, sich einfach als Men-

schen zu begegnen. Duque ist für viele dort ein Vorbild – wegen seiner Herzlichkeit und seiner Hingabe für ein Kolumbien des Friedens.



MAYA PERUSIN MYSOREKAR ist Studentin und hat bei der Stiftung

„Fundación para la Reconciliación“ in Bogotá gearbeitet.
maqam@hotmail.de

LINKS

Stiftung für Versöhnung:
<https://www.insightonconflict.org/conflicts/colombia/peacebuilding-organisations/fundacion-para-la-reconciliacion/>
Kolumbianische Agentur für Reintegration:
<http://www.reintegracion.gov.co/en>

Hilfe in Krisenzeiten

Zivile Konfliktbearbeitung kann dabei helfen, Menschen in Krisengebieten, auf der Flucht und nach ihrer Rückkehr in die Heimat ein friedvolles Miteinander zu ermöglichen. Sie wirkt vor allem an der Basis der Gesellschaft: Hier analysieren Menschen Konflikte, bringen die Beteiligten an den Verhandlungstisch, entwickeln gewaltfreie Lösungen und verhindern so Gewaltausbrüche bereits im Vorfeld.

Von Martina Rieken

„Unsere Erfahrungen zeigen, dass zivile Konfliktbearbeitung Menschen vom Weg der Gewalt abbringt. Daher fördern wir mit unseren einheimischen Partnern den Frieden vor Ort“, sagt Martin Vehrenberg, Sprecher des Konsortiums Ziviler Friedensdienst (ZFD). „Wir tragen so dazu bei, dass Menschen ihre Heimat nicht unfreiwillig verlassen müssen. Wenn sie dennoch vor Gewalt fliehen, helfen wir, die Folgen für alle Beteiligten zu mildern und weitere Gewalt zu verhindern.“ Die folgenden Beispiele aus der Arbeit des ZFD (siehe Kasten S. 23) zeigen, wie das gelingen kann.

AFGHANISTAN: PERSPEKTIVEN SCHAFFEN

Afghanistan ist auch nach vielen Jahren internationaler Militärpräsenz von Gewaltkonflikten und schweren Menschenrechtsverletzungen geprägt. Etwa 64 Prozent der Afghanen sind unter 25 Jahre alt. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, und viele Jugendliche sehen in eine ungewisse Zukunft. Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen sie dabei, ihre Situation und ihr Umfeld positiv zu verändern. Das Ziel: Verantwortung für sich, die Gesellschaft und das Land zu übernehmen und die Zukunft aktiv mitzugestalten.

Die New Leaders Platform in Mazar-e-Sharif beispielsweise trainiert Jugendliche ein halbes Jahr lang in staatsbürgerlichem Bewusstsein, Führungskompetenz und gewaltfreier Konfliktbearbeitung. „Die Jugendlichen werden in die Lage versetzt, eigene Probleme und die von Menschen in ihrem Umfeld zu lösen“, sagt Andreas Selmeçi, Programmkoordinator des ZFD in Af-

ghanistan. „Wir stärken die Jugendlichen, sich zu vernetzen und für ihre eigenen Interessen und die Rechte anderer einzutreten.“

Die Initiative hat Erfolg: Die rund 100 Jugendlichen der Plattform haben bereits zahlreiche gemeinnützige Initiativen gestartet. So organisierten sie Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag, kümmerten sich um Geflüchtete in Mazar-e-Sharif und besuchten Opfer von Anschlägen im Krankenhaus. Einige Jugendliche haben mittlerweile eine Anstellung in Nichtregierungsorganisationen oder in staatlichen Einrichtungen gefunden. Ihre Ausbildung und ihr Engagement zeichneten sie aus.

MEXIKO: MENSCHENRECHTE WAHREN

Auf der Flucht sind Menschen schutzlos und auf die Hilfe anderer angewiesen. Häufig werden sie Opfer von Gewalt. Seitdem in Mexiko der ehemalige Präsident Felipe Calderón den Drogenkartellen den Krieg erklärte, versinkt das Land in Gewalt.

Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung, auch in der Strafjustiz. Besonders schutzlos sind Migranten, die Mexiko durchqueren, um in die USA zu gelangen. Schätzungsweise 400 000 Menschen wagen diese Route jährlich. Unterstützung erfahren sie in den wenigen Migrantenherbergen entlang der Route. Dort erhalten sie humanitäre Hilfe sowie psychologischen und juristischen Beistand – auch das ist eine Form ziviler Konfliktbearbeitung.

Die Herbergen werden von lokalen Gruppen getragen. Sie machen sich auch öffentlich für die Rechte der Geflüchteten

stark und dokumentieren Menschenrechtsverletzungen. Dieses Engagement ist lebensgefährlich. „Wenn man in diesem Land mit Migrantinnen und Migranten arbeitet, trägt man nahezu das gleiche Risiko wie sie selbst“, sagt Alberto Xicotencátl, Leiter der Migrantenherberge in Saltillo im nordöstlichen Bundesstaat Coahuila. „Wir erhalten Morddrohungen, wir werden angegriffen und mit Waffen bedroht.“

Es ist schwer, trotz der Bedrohungen den Mut zu bewahren und weiterzumachen. Durch internationale Begleitung, Lobbyarbeit und Trainings zum Umgang mit der Bedrohung können die Menschenrechtsverteidiger jedoch in relativer Sicherheit arbeiten. Allein die Präsenz internationaler Fachkräfte wie die des ZFD schützt sie.

LIBANON: ZUFLUCHT ERMÖGLICHEN

Bar Elias ist eine libanesische Kleinstadt an der Grenze zu Syrien. Die Menschen hier haben zahlreiche Geflüchtete aufgenommen, doch die Stadt ist auf diesen Zuwachs nicht vorbereitet: Es gibt zu wenig Wohnraum, Arbeitsplätze, Kitas und Schulen. Hinzu kommen Energie-, Wasser- und Abfallprobleme. Das Klima ist angespannt.

Durch Maßnahmen ziviler Konfliktbearbeitung sollen die Spannungen zwischen Einheimischen und Geflüchteten abgebaut werden. Dazu werden gezielt Personen aus allen Gruppen für die Gemeindearbeit ausgebildet und dabei unter anderem in gewaltfreier Konfliktbearbeitung geschult. Sie sind in ständigem Dialog mit allen Beteiligten. Sie schaffen Räume, in denen Einheimische und Geflüchtete ihre Ängste und Nöte



Nach erfolgreicher Mediation feiern die Konfliktparteien in Burundi die Einigung mit einer Zeremonie.

ansprechen können. Sie finden gemeinsam konkrete Ansatzpunkte, wie das Zusammenleben verbessert werden kann, und packen bei der Umsetzung mit an.

Auf diese Weise wurde beispielsweise ein Recyclingprojekt aus der Taufe gehoben, in dem Syrer und Libanesen zusammenarbeiten (siehe e-Paper 2016/06, S. 26). Hier kommen sie miteinander in Kontakt und lernen die Perspektive der anderen Seite kennen. Das erleichtert nicht nur das Zusammenleben, sondern schafft auch die Voraussetzungen dafür, dass Konflikte angesprochen und gelöst werden können. Der wirtschaftliche Gewinn des Projekts kommt der Gemeinde zugute.

BURUNDI: RÜCKKEHR ERLEICHTERN

Wer nach der Flucht in die Heimat zurückkehrt, wird mit ehemaligen Tätern konfrontiert, mit zerstörten Häusern und unsicheren Perspektiven – und oft auch mit Ressentiments der Daheimgebliebenen. Burundi ist seit seiner Unabhängigkeit von gewaltsamen Konflikten geprägt, die immer

wieder Flucht, Vertreibung und auch Rückkehr zur Folge haben. Dies führt vielfach zu Landkonflikten, wie Emmanuel Nibayubahe, Geschäftsführer des ZFD-Partners MI-PAREC, berichtet: „Die Rückkehrer – oftmals handelt es sich um die zweite Generation – fordern die zurückgelassenen Grundstücke zurück, die in der Regel inzwischen von der daheimgebliebenen Bevölkerung übernommen und bewirtschaftet wurden. Das führt zu zahlreichen und oft schweren Konflikten.“

Lokale Friedenskomitees, die von Fachkräften des ZFD unterstützt werden, bringen verfeindete Menschen an einen Verhandlungstisch, um einen friedlichen Interessenausgleich zu erreichen. Mit Erfolg – wie ein Beispiel aus der Provinz Nyanza Lac im Süden Burundis zeigt: Familie Mpigiyeko hatte das Grundstück von Familie Nyabenda übernommen, als diese nach Tansania geflüchtet war. Als die Nyabendas 2015 zurückkehrten, forderten sie ihr Land zurück, die Mpigiyekos verweigerten jedoch die Rückgabe. Auch die staatliche

Landrechtskommission konnte den Streit nicht schlichten. Daraufhin wurde das Friedenskomitee von Nyanza Lac aktiv. Es gab neue Verhandlungen und schließlich eine Lösung, mit der beide Familien leben können: Das Grundstück wurde zwischen ihnen aufgeteilt und damit der Grundstein für eine friedliche Nachbarschaft gelegt.



MARTINA RIEKEN
koordiniert die
Öffentlichkeitsarbeit des
Konsortiums Ziviler
Friedensdienst.

kontakt@ziviler-friedensdienst.org

LINKS

Ziviler Friedensdienst:

<https://www.ziviler-friedensdienst.org>

<https://www.facebook.com/ZivilerFriedensdienst>

<https://www.twitter.com/zfdnews>

<https://www.twitter.com/zfdnews>

Broschüre zum Thema ZFD und Flucht:

<https://ziviler-friedensdienst.org/de/material/zfd-broschure-flucht>

Gewalt vorbeugen, Zusammenleben fördern

Zivile Konfliktbearbeitung ist ein Weg, um Spannungen in einer Gesellschaft abzubauen, Interessen auszutarieren und Frieden zu finden. Sie ist das Herzstück des Zivilen Friedensdienstes (ZFD).

Der ZFD ist ein Programm für Gewaltprävention und Friedensförderung in Krisen- und Konfliktregionen, das von der Bundesregierung gefördert und von neun deutschen Friedens- und Entwicklungsorganisationen umgesetzt wird. Seit 1999 setzt sich der ZFD für eine Welt ein, in der Konflikte ohne Gewalt geregelt werden. Aktuell sind

mehr als 300 internationale ZFD-Fachkräfte in 43 Ländern tätig.

In vielen Fällen arbeiten die ZFD-Fachkräfte mit Menschen zusammen, die von Flucht und Migration betroffen sind (s. Haupttext). Zivile Konfliktbearbeitung wirkt präventiv, indem sie Gewalt vorbeugt und ein Zusammenleben unter schwierigen Bedingungen ermöglicht. Wenn Menschen dennoch fliehen müssen, kann zivile Konfliktbearbeitung einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, die Fluchtfolgen zu mildern. Es gilt, Geflüchteten und allen Beteiligten mit

Der ZFD fördert das friedliche Zusammenleben, hier durch ein Kulturfestival im afghanischen Faizabad.



gewaltfreien Mitteln zur Seite zu stehen: durch psychosoziale Hilfe, juristischen Beistand, den Schutz ihrer Unversehrtheit und die Wahrung der Menschenrechte.

Dort, wo Menschen Zuflucht finden, fördert zivile Konfliktbearbeitung das konstruktive Zusammenleben zwischen Einheimischen und Geflüchteten. Wenn sich die Lage in der Heimat wie-

der stabilisiert und die Menschen zurückkehren, kann zivile Konfliktbearbeitung aufkommende Konflikte etwa zwischen Rückkehrenden und Daheimgebliebenen oder zwischen Tätern und Opfern schlichten. Auch dann hat sie das Potenzial, den erneuten Ausbruch von Gewalt zu verhindern und die Grundlagen für eine gemeinsame Zukunft zu schaffen.

Vertrauen wiederherstellen



Wasserträger in Terakeka, Südsudan, mit zum Verkauf angebotenen Kanistern mit Nilwasser.

Friedenskonsolidierung hat viele Facetten. Für Peter Tibi, einen erfahrenen Mediator aus dem Südsudan, sind bestimmte Faktoren zu beachten.

Von Peter Tibi

Wie wir bereits in der vergangenen Ausgabe dargestellt haben, ist der Südsudan in einen Gewaltkonflikt zurückgefallen, weil der Friedensprozess nicht vernünftig umgesetzt wurde (E+Z/D+C e-Paper 2017/02, S. 15). Der Erfolg hängt von folgenden fünf Faktoren ab:

VERSÖHNUNG

Gewaltkonflikte zerstören Werte und Beziehungsgeflechte. Diese können ohne Versöhnung nicht wiederhergestellt werden. Ein Neuanfang gelingt jedoch nur, wenn die Fehler der Vergangenheit anerkannt werden. Auch Misstrauen gegenüber alltäglichen Interaktionen fördert dysfunktionale Beziehungen. Für den Wiederaufbau einer Gemeinschaft müssen die Ängste des Einzelnen überwunden werden. Gemeinschaften, die Gewalt erlebt haben, brauchen ein neues Sicherheitsgefühl, und dazu bedarf es eines sozialen Fundaments. Um

zum Alltag zurückzukehren, muss ein Umgang mit Paranoia und irrationalem Verhalten gefunden werden. Zerstörtes Vertrauen kann durch die Wiederherstellung von Moral zurückgewonnen werden. Ohne Versöhnung besteht die Gefahr, dass Misstrauen und Feindschaft den politischen Prozess behindern.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Um die Wunden eines Krieges zu heilen, ist die wirtschaftliche Entwicklung von wesentlicher Bedeutung. Sie trägt zur Verbesserung der Lebensumstände und somit des menschlichen Wohlbefindens bei. Nach einem Krieg müssen soziale Ungerechtigkeiten verringert werden, denn sie sind die Hauptursache für Gewaltkonflikte. Fehlendes Humankapital, zerstörte Infrastruktur und Umweltzerstörungen, die mit Kriegen einhergehen, behindern jedoch die wirtschaftliche Entwicklung. Zudem sind viele Staaten wegen hoher Militärausgaben verschuldet. Der Wiederaufbau von Verkehrs- und Kommunikationsnetzen, des Gesundheits- und Bildungssektors, von Banken und der Landwirtschaft braucht Zeit. Hohe nominelle Wachstumsraten ge-

nügen nicht, denn Entwicklung muss allen Menschen zugutekommen.

STÄRKUNG LOKALER STRUKTUREN

Parlamentswahlen und andere formelle Verfahren sind weit entfernt vom Alltag der Menschen. Dasselbe gilt für neu eingerichtete staatliche Institutionen. Nicht die Dominanz von Behörden führt zu einem dauerhaften Frieden, sondern die Stärkung der Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene. Denn dies trägt dazu bei, repressive Strukturen zu verändern. Viele Sorgen der Menschen können nur in deren unmittelbarem Umfeld gelöst werden, deshalb dient eine Stärkung der lokalen Ebene auch dem sozialen Frieden. Menschliche Entwicklung hilft beim Aufbau der Zivilgesellschaft und dient dem Überleben von Gemeinschaften.

SOZIALER WIEDERAUFBAU

Soziale Stabilität kann durch die Stärkung von Netzwerken und kulturellen Traditionen, die Frieden und Gerechtigkeit befördern, verbessert werden. Dabei muss es eine Koordination auf der nationalstaatlichen und der gemeinschaftlichen Ebene geben. Feindliche Beziehungen können durch den Abbau von Ungleichheiten verbessert werden. Bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung ist der Begriff der breit angelegten Partizipation wichtig. Individuen und Gruppen, die zuvor benachteiligt waren, müssen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

MENSCHENRECHTE

Die Verbesserung der Menschenrechtssituation ist entscheidend für den Aufbau einer Zivilgesellschaft. Öffentliches Vertrauen kann nur entstehen, wenn Grundrechte garantiert werden. Denn Ungerechtigkeiten und Unterdrückung werden oft mit religiösen Autoritäten oder politischen und militärischen Doktrinen in Verbindung gebracht.



REVEREND PETER TIBI ist ein erfahrener Friedensmediator. Er leitet die zivilgesellschaftliche Organisation Reconcile

International im südsudanesischen Yeï.

ptibi@reconcile-int.org

<http://www.reconcile-int.org/>

Friedensjournalismus nutzt Uganda

Uganda hat eine Geschichte voller Konflikt und Gewalt. Die Kämpfe gegen die aufständische Lord's Resistance Army (LRA) in Norduganda zwischen 1995 und 2004 machten nachfolgende Friedensmaßnahmen notwendig. Damals wurden die Grundlagen für einen starken Friedensjournalismus gelegt. Seine Prinzipien sind nach wie vor relevant, vor allem mit Blick auf die Unruhen in der Grenzregion und die wachsenden Flüchtlingszahlen aufgrund der Bürgerkriege in Nachbarstaaten.

Von Gloria Laker Aciro

Nach Jahren gescheiterter militärischer Interventionen und einer Reihe ergebnisloser Friedensgespräche setzte die ugandische Armee auf Friedensjournalismus, um die LRA-Aufständischen zu erreichen. 1998 wurde das erste Friedensradio in Gulu, einer Kleinstadt in Norduganda, eröffnet. Es hieß „Radio Freedom“. Die Armee nutzte es nicht nur, um mit Vertriebenen zu kommunizieren, sondern auch mit Rebellen, um vor allem Kindersoldaten die Hoffnung zu geben, dass eine Demobilisierung möglich sei.

Nachdem die Medien die Grausamkeiten bekannt gemacht hatten, zeigte die internationale Öffentlichkeit Interesse am LRA-Konflikt. Geber erkannten, dass Radioprogramme und professionelle Medien-

arbeit dazu dienen können, den Frieden zu fördern und später, in einer Post-Konflikt-Situation, Spannungen abzubauen.

Wichtige Prinzipien des Friedensjournalismus sind zum Beispiel, Hassreden zu vermeiden und alle Stimmen des Konflikts hörbar zu machen. Ausgewogenheit, Fairness und korrekte Fakten sind entscheidend. Die Idee dahinter ist, das Verständnis für die Ursachen des Konflikts, seine Geschichte und mögliche gewaltfreie Lösungen in den Vordergrund zu stellen und nicht die Aggressionen weiter anzuhetzen. Dabei sollte nicht nur über Gewaltakte berichtet werden, sondern über längerfristige Entwicklungen in der Gesellschaft, was schwieriger darzustellen ist.

Effektiver Friedensjournalismus macht mehr, als über Ereignisse zu berichten: Er ordnet sie in einen Kontext ein, indem er die Gemeinschaften mit einbezieht. Er nutzt verschiedene Kanäle, wie etwa soziale Medien, lokale Diskussionen und Theater. So sollen alle Arten von Berichterstattung gestärkt werden.

ERFOLGREICHE ANSÄTZE

Zwischen 1999 und 2002 unterstützte das britische Department for International Development (DFID) Radiopro-

gramme, die die Rebellen aufforderten, die Waffen niederzulegen. DFID finanzierte die Gründung der Radiostation Mega FM in Gulu. Der Sender begann seine Arbeit im August 2002 und deckt Norduganda ebenso ab wie den südlichen Sudan und den östlichen Teil der DR Kongo. Mega FM sendet generelle Information über Konflikte und Entwicklung ebenso wie spezielle Sendungen bezüglich Konfliktlösung und Frieden in der Region.

Eine erstaunliche Innovation war die Vorzeige-Sendung Dwog Paco (was „Komm nach Hause“ auf Deutsch bedeutet). Ogena Lacambel, der Moderator der Sendung, lud ehemalige Kindersoldaten ein, um ihre Geschichte im Radio zu erzählen. Ihnen wurde freies Geleit zugesichert. Heute hat Mega FM immer noch mehrere Friedensprogramme wie etwa Kabake („Community-Dialog“) und Teyat („Stakeholder-Debatte“). Offener Dialog und Anruf-Sendungen mit Dorfbewohnern ebenso wie mit LRA-Rebellen führten dazu, dass mehrere entführte Kinder nach Hause zurückkehren konnten.

Über 22 000 Kindersoldaten und Kommandeure hörten auf die Appelle und legten die Waffen nieder, was die LRA entscheidend schwächte. Das heißt, der Konflikt konnte nur mit Hilfe des Friedensjournalismus beendet werden.

Heute hat sich die LRA in die Zentralafrikanische Republik zurückgezogen. Die ugandische Armee nutzt noch immer das Komm-nach-Hause-Radioformat, laut Innocent Aloyo, Moderator von Mega FMs Kabake-Sendung. Der Moderator fliegt regelmäßig in die Zentralafrikanische Republik, um dort Kindersoldaten zu interviewen.

Seit der LRA-Aufstand in Uganda niedergeschlagen wurde, wenden sich lokale Community-Radios mit Friedensjournalismus an das Publikum, um über Entwicklung zu sprechen. Der nächste wichtige Schritt für Medienhäuser wäre nun, eigene Grundsätze und Leitlinien zu entwickeln. Viele Radiomoderatoren in ländlichen Gebieten wissen nicht, was Friedensjournalismus ausmacht, und manche sind einfach außerstande, Personen in den Griff zu bekommen, die in Live-Sendungen anrufen und Hass verbreiten.

Internationale Medienentwicklungsorganisationen wie Internews und die DW Akademie haben hunderte ugandischer Lokaljournalisten in Friedensjournalismus ausgebildet. Ihr Einfluss ist beachtlich –



Friedensjournalisten aus Uganda und dem Südsudan.

eine Reihe Community-Radios mit dem Fokus auf Friedensjournalismus wurden gegründet und sind immer noch aktiv.

DIE MENSCHEN MITEINBEZIEHEN

Heutzutage ist Flucht das heikle Thema in Uganda. Obwohl abertausende Geflüchtete im Land leben, wird darüber wenig berichtet. Der Standpunkt der Geflüchteten selber wird selten miteinbezogen. Als der bekannte Journalist Chris Obore über das Schicksal eines burundischen Flüchtlingskindes berichtete, verbesserte sein Report das Leben des Mädchens.

Friedensjournalismus gibt marginalisierten Menschen eine Stimme. Diese Bemühungen sollten grenzübergreifend sein. Seit Flüchtlinge aus dem Südsudan, der DR Kongo und anderen Staaten in Uganda leben, weiten sich die Konflikte auf die Grenzregionen aus. Deswegen ist es wichtig, dass

ugandische und südsudanesische Journalisten kooperieren, um über Fluchtfragen zu berichten. Speak FM, ein kleines Community-Radio in Gulu, macht dies bereits. Radioleiterin Jane Angom sagt, dass „exilierte südsudanesische Journalisten wichtige Beiträge über die Flüchtlingsgemeinschaften in Norduganda zuliefern, die unser Radio sonst nicht bekäme“.

2005 waren die Medien Schlüsselfiguren in den Friedensgesprächen in Juba, die zum Friedensabkommen (CPA) im Sudan führten. Traditionelle Führer, die in Versöhnungsprozessen aktiv waren, weisen darauf hin, dass Journalismus ein „nützliches Werkzeug war, um Menschen zu mobilisieren und mit Rebellen zu kommunizieren“.

Professor Steve Youngblood leitet das Center for Global Peace Journalism an der Park University in Missouri in den USA. Er sagt, „das Beste, das ugandische Journa-

listen für ihr Land tun können, ist, keinen Hass zu schüren und Frieden zu verbreiten, indem sie akkurat und neutral berichten“. Gute Berichterstattung reduziere seiner Erfahrung nach Konflikte, und Friedensjournalismus entspreche den „Regeln des guten Journalismus“.

LINKS

Peace Journalism Foundation East Africa:

<https://pjfeastafrica.wordpress.com/>

Center for Global Peace Journalism:

<http://www.park.edu/center-for-peace-journalism/>



GLORIA LAKER ACIRO

ist eine ehemalige
Kriegsreporterin und leitet
die Peace Journalism
Foundation of East Africa.

Sie lebt in Uganda.

glorialaker@gmail.com

Ausgewogenheit und Fairness in der Berichterstattung

Als Friedensjournalistin wurde ich 2011 angefragt, Distrikte zu überwachen, die als Gewaltherde bekannt waren. Ich half dabei, Community-Friedensclubs zu gründen, die die ugandischen Radiostationen beobachten sollten, wie sie über die Wahlen 2011 berichteten. Es war gut zu sehen, dass sie tatsächlich einen positiven Einfluss auf die Wahlen hatten.

Wir baten die Repräsentanten von Dorfvorstehern, die Wahlberichterstattung in ihrem Ort zu überwachen und die Radiomanager zu informieren, wenn irgendwo Hassreden verbreitet wurden. Der Manager sollte einschreiten, um das Aufkommen von Gewalt zu verhindern. Unsere Nachricht an die Community-Friedensclubs

war simpel: „Ohne Frieden werdet ihr keine Geschäfte machen oder glücklich mit eurer Familie leben können, also schützt den Frieden, indem ihr Radio hört und bei Hassreden Alarm schlägt.“

Das Ziel war es, gute Berichterstattung zu stärken und so zu friedlichen Wahlen beizutragen. Friedensjournalismus ist im Grunde einfach guter Journalismus. Ausgewogenheit, Fairness und akkurate Fakten sind grundlegend, wenn man alle Konfliktparteien erreichen will, anstatt die Spannungen zu verstärken, indem man einseitig nur eine Perspektive präsentiert.

Angesichts ihres nachgewiesenen Nutzens wurden die Friedensclubs nach den Wahl-

en nicht aufgelöst. Sie schlichten nun beispielsweise bei Landkonflikten.

Soziale Medien gewinnen weltweit an Einfluss. In Bezug auf Friedensjournalismus spielen Plattformen wie Facebook und Twitter sowohl positive wie auch negative Rollen in Uganda und benachbarten Staaten. Unbestätigte, aggressive Posts können sehr schädlich sein, auch wenn nicht so viele Leute direkten Zugang zum Internet haben. Die zivilgesellschaftliche Organisation Peace Direct ist der Ansicht, dass soziale Medien im Südsudan „entscheidend dazu beitragen, Gewalt zu schüren“. Friedensjournalisten in Uganda publizieren daraufhin korrigierende Berichte und präsentieren Fakten.

Soziale Medien können auch dazu dienen, Frieden zu stärken. Organisationen wie der Christian Children's Fund (CCF), der Mütter und Kriegswitwen unterstützt, nutzt so-

ziale Medien als ein Werkzeug, um die Lebensgeschichten von jungen Müttern im nördlichen Uganda zu erzählen. Sam Lawino, Medientrainer bei CCF, erzählt, wenn „die Mädchen und Kriegsoffer ihre Geschichten auf der Website teilen, fühlen sie sich verbunden und können sogar über Stigma und Trauma sprechen. Diese öffentliche Darstellung hilft auch unseren Mitarbeitern, weil sie den Einfluss der Fortbildungen verfolgen können, die diese jungen Mütter erhalten“, erklärt Lawino.

Heutzutage arbeiten eine Reihe von ugandischen Medienhäusern eng mit Community-basierten Nichtregierungsorganisationen wie Frauengruppen, Friedensanwälten und Kulturinstituten zusammen. Sie wollen gewaltfreie Methoden der Konfliktlösung bekannt machen, bezüglich unterschiedlicher Themen wie Genderfragen oder Landkonflikten.

Unkontrollierter Hass



Leitlinie für Anrufer bei einem lokalen Radio in Kisumu, Kenia.

Ein Vorfall Anfang Januar zeigte, dass Hassreden in Kenia – mit Blick auf die Wahlen im August – wahrscheinlich zunehmen werden. Ein kurzer Audio-Clip ging auf Social-Media-Plattformen viral und kam sogar in die landesweiten Nachrichten. Anscheinend versuchte ein prominenter Politiker, Ressentiments zu schüren. Kenianische Medien berichteten von einem „nationalen Skandal“ und verurteilten die Aussagen.

Von Isaac Sagala

In der Aufnahme hört man eine Stimme, die die Jugend aufruft, eine bestimmte ethnische Gruppe – notfalls mit Gewalt – daran zu hindern, sich als Wähler im Wahlkreis eines Politikers zu registrieren. Die Stimme ähnelt der von Aden Duale, dem Vorsitzenden der Mehrheitsfraktion im kenianischen Parlament.

Mitte Februar war die Authentizität der Aufnahme noch nicht bestätigt, und Duale behauptete, nicht für die hetzerischen Bemerkungen verantwortlich zu sein. Er sagte, die Aufnahme sei von „politischen Feinden“ fabriziert worden.

In Wahlkampfzeiten sind Hassreden in Kenia fast unkontrolliert. Aggressive

Rhetorik ist bei öffentlichen Wahlkampfveranstaltungen üblich und manchmal auch in Liedtexten. Oft folgen auf Hassreden Gewaltausbrüche.

Laut Beobachtern wie Willy Mutunga, Kenias ehemaligem obersten Richter, steht das Land an einem gefährlichen Abgrund. Mutunga warnt vor „den Trommeln der Gewalt bei den kommenden Wahlen“ und bezieht sich auf „Hinweise, dass Politiker Menschen entlang ethnischer Grenzen aufhetzen“.

Zivilgesellschaftliche Aktivisten bemerken ähnliche unterschwellige Strömungen von Provokation und Hetze. Ihrer Ansicht nach ist die momentane politische Atmosphäre vergleichbar mit der Zeit vor den Gewaltausbrüchen nach den Wahlen 2007/08, als rund 1300 Menschen getötet und mehr als 600000 vertrieben wurden (siehe Kommentar Seite 11).

Politische Rivalen bezeichnen sich gegenseitig als „Feinde“. Sie greifen einander offen an und schüren Feindseligkeit unter ihren Anhängern. Einige Politiker der beiden großen politischen Parteien – der amtierenden Jubilee Party, angeführt von Präsident Uhuru Kenyatta, und der CORD-Koalition von Oppositionsführer Raila

Odinga – sind sehr direkt und nutzen offen Hassreden.

Moses Kuria, der zu Jubilee gehört, rief beispielsweise zum Mord an Odinga auf. Auf der anderen Seite erregte Millie Odhiambo von CORD Ärger, als er Präsident Uhuru Kenyatta beleidigte: „Wer glaubt er, wer er ist, er ist nichts im Vergleich zu mir, geschweige denn zu Raila Odinga; sagt ihm, er kann mich dafür anzeigen“, sagte Odhiambo, „er ist äußerst dumm.“

Straffreiheit ist die Regel. Gesetze konnten Hassreden bisher nicht effektiv eindämmen. Nur ein einziger Fall kam erfolgreich vor Gericht. Ein Student wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er den Präsidenten auf Facebook beleidigt hatte, aber er wurde bald darauf freigelassen.

Die Regierung hat Politiker, ihre Anhänger und die Besitzer von Medienhäusern gewarnt, digitale Plattformen zu missbrauchen, um ethnische Spannungen in den kommenden Wahlen zu schüren. Ihr Handeln, um die Lage zu deeskalieren, ist jedoch nur halbherzig.

In einer sensationellen Aktion wurden im Juni 2016 zum ersten Mal acht Politiker von CORD und der Jubilee Party verhaftet. Sie wurden beschuldigt, Hassreden gehalten und zu Gewalt aufgerufen zu haben. Eine einzige Nacht waren sie hinter Gittern. Als sie freikamen, versprachen sie, „in einer Friedenskarawane durch das Land zu reisen und Frieden und Versöhnung zu verbreiten“. Dieses Versprechen wurde jedoch nie eingelöst.

ANTISOZIALER GEBRAUCH SOZIALER MEDIEN

Facebook und Twitter sind ein fruchtbarer Boden für Hassreden und Stereotypisierung von anderen Ethnien. Kenias Medienbehörde schätzt, dass 85 Prozent aller Einwohner Internetzugang haben und hauptsächlich soziale Medien nutzen. Laut einer Studie der PR-Firma Portland Communications ist Kenia bei Twitter das viertaktivste afrikanische Land.

Durchschnittliche Kenianer attackieren sich heftig entsprechend politischer Gesinnung. Sie beschimpfen einander mit ethnisch geprägten, oft extremen Beleidigungen. Haft und Anklagen sind selten, und die Täter wissen, dass die Gesetzgebung in diesem Punkt schwach ist. Sie nutzen alle Schlupflöcher aus.



Die kenianische Polizei beschuldigt die Gerichte, die Verantwortlichen für Hassreden nicht zu bestrafen. Konsequente Verurteilung könnte als Abschreckung wirken. Die National Cohesion and Integration Commission (NCIC) scheint inkompetent und überfordert. Sie müsste sich mit Hassreden auseinandersetzen, aber ihr Budget ist nur klein.

Kenianische Medienhäuser sind ebenfalls dafür verantwortlich, Hass zu verbreiten. Vor allem im Wahljahr ist ihre Gier nach sensationellen politischen Geschichten problematisch. Radiostationen, die in lokalen Sprachen senden, sind dafür bekannt, kodierte Nachrichten gegen andere Stämme zu senden. In den sozialen Medien nutzen Leute ebenfalls lokale Sprachen zu diesem Zweck.

Die NCIC hat vor kurzem eine Untersuchung gegen einen lokalen, landes-sprachlichen Radiosender begonnen, der Präsident Kenyatta nahesteht. Eine Werbung für Wählerregistrierung erregte Ärger: In dem 90-Sekunden-Clip fordert der Sprecher die Kikuyu-Community auf, in großer Zahl zur Wahl zu gehen, um ihren „Thron“ zu verteidigen. Kenyatta ist Kikuyu und bereits der vierte Präsident dieser Ethnie.

Victor Bwire von der Kontrollbehörde Media Council of Kenya sagt, dass mehr getan werden muss: „Die Disziplinlosigkeit von lokalen Radio- und Fernsehstationen muss konsequent geahndet werden.“ Seiner Ansicht nach sollte die Relevanz politischer Beiträge im Bezug auf das Thema untersucht werden, ethnische Identität sollte dafür nicht ausschlaggebend sein.

Experten sind sich einig, dass es langanhaltende Bemühungen braucht, um Hassreden einzudämmen. Sicherheitsorgane, zivilgesellschaftliche Organisationen, religiöse Einrichtungen und traditionelle Führer spielen dabei alle eine Rolle. Der Erfolg hängt von enger Kooperation ab.

Shitemi Khamadi, ein prominenter Blogger, hat einige Vorschläge. Er möchte, dass die Medien keine Statements von Politikern verbreiten, wenn diese Hass schüren und die Menschen aufhetzen. Darüber hinaus sollten die Medienhäuser darauf bestehen, dass Politiker zweifelhafte Aussagen klarstellen. Außerdem fordert Khamadi, dass die Medien politischen Führern, die dafür bekannt sind, ethnische Spannungen anzufachen und Hass zu verbreiten, keine Redezeit im Radio geben sollen.

Die Medienbehörde von Kenia kündigte an, eine Ausrüstung im Wert von 19 Millionen US-Dollar anzuschaffen, um die Kommunikation während der Wahlkampagne sowohl online als auch offline zu überwachen. Es bleibt zu wünschen, dass diese Ausrüstung vernünftig genutzt wird. Der Frieden des Landes könnte davon abhängen.



ISAAC SAGALA
ist Journalist und Medien-trainer. Er lebt in Nairobi.

bwanasagala@gmail.com



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



Eigene Stärken und Fähigkeiten fördern

Medica Afghanistan kämpft gegen die Diskriminierung von Frauen und ist eine der wenigen Organisationen in Afghanistan, die sich um Überlebende sexualisierter Gewalt kümmern. Die Leiterin der Nichtregierungsorganisation, Humaira Rasuli, und ihre Stellvertreterin Saifora Paktiss berichten über ihre Arbeit, über das bisher Erreichte und über künftige Herausforderungen.

Humaira Rasuli und Saifora Paktiss im Interview mit Sabine Balk

Wie ist 15 Jahre nach dem Sturz der Taliban die Situation der Frauen in Afghanistan?

Humaira Rasuli: Es gibt ganz klare Veränderungen und messbare Erfolge. Die Teilhabe von Frauen im öffentlichen Bereich ist deutlich sichtbar, sei es in der Bildung und im Gesundheitswesen, im Sport, in den sozialen Medien oder in der Willensbildung. Frauen wurden zu Ministerinnen, Gouverneurinnen, Botschafterinnen und Mitgliedern des Hohen Friedensrates ernannt, einige wurden ins Parlament gewählt. Es gibt auch Ärztinnen, Lehrerinnen, Juristinnen, Journalistinnen und Menschenrechtsaktivistinnen. Gleichzeitig beobachten wir aber, dass die Gewalt gegen Frauen zunimmt. Ich möchte das Beispiel von Farkhunda nennen, einer jungen Frau, die 2015 zu Unrecht beschuldigt wurde, einen Koran verbrannt zu haben, und in Kabul von einem wütenden Mob getötet wurde. Nicht alle, die an dieser abscheulichen Tat beteiligt waren, wurden verurteilt, und einige erreichten in Berufungsverfahren die Reduzierung ihres Strafmaßes. Die Urteile werden derzeit vom Obersten Gerichtshof überprüft.

Saifora Paktiss: Es gibt weitere Beispiele: Weibliche Sicherheitskräfte werden belästigt, Schülerinnen werden mit Säure übergossen oder vergiftet, Journalistinnen und Anwältinnen werden ermordet. Die Müttersterblichkeit nimmt zu, Afghanistan liegt hier inzwischen in der weltweiten Rangliste auf dem vorletzten Platz vor Sierra Leone. Im Parlament werden Frauenrechte in Frage

gestellt, das Ministerium für Frauen erhält keine Unterstützung, und die Einstellung von Frauen als hohe Beamtinnen wird immer schwieriger.

Rasuli: Zu den größten Problemen für afghanische Frauen zählen die schwierige Sicherheitslage sowie der mangelnde Zugang zu einem unparteiischen Justizsystem und zu Rechtsbeistand. In Afghanistan dominiert noch immer das traditionelle Rechtssystem. Frauen haben auch keinen ausreichenden Zugang zu Gesundheitsdiensten und zu Bildung. Sie werden systematisch diskriminiert und erfahren unterschied-

Demonstration gegen sexualisierte Gewalt und für Frauenrechte 2013 in Kabul.



liche Formen von Gewalt: körperliche, psychische, sexualisierte und wirtschaftliche. Es fehlt der politische Wille, Frauen als eine Hälfte der Gesellschaft zu akzeptieren und sie in den Aufbau des Landes einzubinden. Der afghanische Präsident, seine Ehefrau und einige Regierungsmitglieder unterstützen die Anliegen von Frauen, aber andere wichtige Akteure behindern den Fortschritt.

Warum wird das Gesetz, das Gewalt gegen Frauen verbietet, kaum umgesetzt?

Rasuli: Das ist ein Beleg für den fehlenden politischen Willen, Frauenrechte als selbstverständlichen Bestandteil des Regierungshandelns anzusehen. Hinzu kommen systemische Hürden: das schwache Rechtssystem, das fehlende Wissen über die Gesetze und deren Zweck, ein mangelndes Verständnis der unterschiedlichen Arten von Gewalt und auch Korruption und Vetternwirtschaft.

Wie sieht die Arbeit von Medica Afghanistan aus?

Paktiss: Wir konzentrieren uns auf direkte Hilfe für Überlebende sexualisierter Gewalt in Kabul, Herat und Mazar-e-Sharif. Mit unserer Rechtsberatung wollen wir die Frauen stärken, sie unterstützen und ihnen die Mittel an die Hand geben, um ihre Rechte im Rahmen des staatlichen Justizsystems durchzusetzen. Wir setzen uns

auch bei den Behörden dafür ein, dass Frauen einen besseren Zugang zum Justizsystem erhalten. Durch unsere stress- und traumasensible psychosoziale Beratung helfen wir Frauen, ihre eigenen Stärken, Fähigkeiten und Ressourcen wiederzuentdecken. In unserer Beratung lernen sie, wie sie dazu ihre eigenen Schutz- und Bewältigungsmechanismen nutzen können.

Rasuli: Darüber hinaus bieten wir individuelle psychosoziale Dienstleistungen in fünf staatlichen Krankenhäusern in Kabul an sowie Gruppenberatung in Frauengefängnissen, im Women's Garden in Kabul und in nichtstaatlichen Frauenunterkünften. Wir veranstalten auch Fortbildungen über die vielfältigen Auswirkungen von Gewalt gegen Frauen, über den Umgang mit Traumata oder über Mediation. Außerdem sprechen wir mit Islamgelehrten, Polizisten und Richtern, um sie für das Thema zu sensibilisieren und zu einer Änderung ihres Verhaltens zu bewegen. Wir geben unsere Methode der Stress- und Traumabewältigung auch an Pflegekräfte in Krankenhäusern oder an Mitarbeiter von Frauenhäusern weiter. Wir wollen Frauen über ihre Rechte aufklären und ihnen helfen, ihr Leben zu verändern. Das sind Themen, bei denen alle anderen relevanten Akteure schweigen.

Können Sie konkrete Fälle nennen?

Rasuli: Ich nenne Ihnen zwei Beispiele: N. war die dritte Frau ihres Ehemannes. Sie wurde von ihrem Mann und seiner ersten Frau auf vielerlei Arten misshandelt und verlor dadurch sogar ihr ungeborenes Kind. Drei Jahre nach der Heirat verließ ihr Mann sie, doch dessen Familie sperrte sie weiter ein. Eine frühere Klientin von Medica Afghanistan machte uns auf den Fall aufmerksam und wir kümmerten uns darum. Der Mann wurde schließlich zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und willigte in die Scheidung ein.

Das zweite Beispiel: L. wurde im Alter von zwölf Jahren gezwungen, einen psychisch kranken Mann zu heiraten, weil ihr Bruder dessen Schwester heiraten wollte. Sie lebte 18 Jahre mit dem Mann zusammen und wurde von ihm und seiner Familie misshandelt. Nur wegen ihres Sohnes verlangte sie nicht die Scheidung. Nachdem ihr Mann im Juni 2016 erneut gewalttätig wurde, wandte sie sich an die Außenstelle des Frauenministeriums in ihrer Provinz. Diese verwies sie an die Mediationsabteilung unserer Organisation. Dort erhielt sie psychosoziale und rechtliche Beratung. Sie beschloss, sich mit Hilfe einer Mediation von ihrem Mann zu trennen. Als dies misslang, rief sie mithilfe eines Anwalts das Familiengericht an, das zu ihren Gunsten urteilte. L. konnte sich scheiden lassen und wurde von einer un-

serer Sozialarbeiterinnen in einem Alphabetisierungskurs untergebracht.

Was sind Ihre wichtigsten Ziele?

Paktiss: Unser Hauptziel ist, das Bewusstsein für Frauenrechte zu schärfen und deren Durchsetzung in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Justiz zu fördern. Dazu ist es absolut unerlässlich, Männer für die Folgen sexualisierter Gewalt zu sensibilisieren und sie in die Suche nach Lösungen einzubinden. Beispielsweise veranstaltet Medica Afghanistan Fortbildungen für Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Ärzte, Sozialarbeiter, Polizisten und Geistliche über die Auswirkungen von Gewalt gegen Frauen. Wir informieren über die traumatisierende Wirkung von Gewalt auf die Betroffenen, auf ihre Familien, auf Institutionen und auf die Gesellschaft insgesamt. Indem wir uns für eine bessere Lebensqualität von Frauen einsetzen, werben wir auch für ein gerechteres und friedlicheres Afghanistan. Wir ermutigen außerdem zu einem Austausch zwischen Frauen aus verschiedenen Ländern, Kulturen, sozialen Schichten und Konfliktparteien und tragen so zum Friedens- und Versöhnungsprozess bei.

Was hat Medica Afghanistan bisher erreicht?

Rasuli: Auf politischer Ebene haben wir als führende Organisation erfolgreich für das Verbot der Kinderehe gekämpft und die verpflichtende Registrierung von Eheschließungen bei Gericht verlangt. Wir haben uns für die Ratifizierung des Familienrechts eingesetzt und Kampagnen für die Umsetzung des Gesetzes über das Verbot von Gewalt gegen Frauen (elimination of violence against women, EVAW) gestartet. Wir haben Gruppenkampagnen für die Einrichtung von EVAW-Gerichten und speziellen Strafverfolgungsabteilungen organisiert. Als eine von wenigen NGOs dokumentieren wir Fälle, die von Anwälten betreut werden und bei denen es auf der Grundlage des EVAW-Gesetzes zur Anklage kam. Dass wir die Schmerzen vieler Frauen und Mädchen lindern konnten, ist natürlich ebenfalls ein Erfolg.

Was sind die größten Herausforderungen in der Zukunft?

Paktiss: Eines unserer größten Probleme ist die Sicherheit. Wir können unsere Arbeit nicht in die ländlichen Gebiete ausdehnen,



wo Frauen noch stärker unter häuslicher Gewalt leiden als in den Städten. Auch können wir aufgrund der schlechten Sicherheitslage nicht so einfach internationale Berater einladen, die uns bei der Verbesserung unserer Arbeit unterstützen. Als NGO sind wir auf einen kontinuierlichen Mittelfluss angewiesen. Wir fürchten aber, dass die internationalen Geber aus Frust über die Situation und die unsichere Zukunft des Landes das Interesse an Afghanistan verlieren. Wir müssen täglich große Hürden überwinden, um unsere Arbeit leisten zu können. Dennoch sind wir entschlossen, weiterzumachen.

Ist Ihre Arbeit für Sie persönlich gefährlich?

Rasuli: Wir haben aufgrund unserer Aktivitäten eine gewisse Bekanntheit, was vorteilhaft ist, aber in einem konfliktreichen Land wie Afghanistan auch Gefahren mit sich bringt. Unsere Arbeit soll allein den Frauen zugutekommen und hat das Ziel, Hoffnung, Frieden und Sicherheit zu bringen. Leider erhalten wir unaufhörlich Drohungen von denen, die unsere Arbeit ablehnen und fürchten, ihre Kontrolle und Macht zu verlieren.



HUMAIRA RASULI
ist die Direktorin der
Frauenrechtsorganisation
Medica Afghanistan.
info@medica-afghanistan.org

<http://www.medicafghanistan.org>
<https://www.facebook.com/Medica-Afghanistan-150729171747064/>



SAIFORA PAKTISS
ist die stellvertretende
Direktorin von Medica
Afghanistan.

Kampf gegen sexualisierte Gewalt

Im April 2002 begann die deutsche Frauenrechtsorganisation *medica mondiale*, ein Projekt in Afghanistan aufzubauen: *Medica Afghanistan*. Es ist die einzige Organisation im Land, die psychosoziale und traumasensible Beratung für Frauen mit Gewalterfahrung anbietet. Seit Ende 2010 ist *Medica Afghanistan* eine unabhängige NGO.

Von 2012 bis 2015 konnte *Medica Afghanistan* insgesamt 1357 Klientinnen in den Städten Kabul, Mazar-e-Sharif und Herat erreichen. Sie alle hatten sexualisierte Gewalt überlebt und nutzten psychosoziale Angebote der Nichtregierungsorganisation. Diese ließ 2016 eine Evaluation dreier Projekte aus den Jahren 2012 bis 2015 durch externe Fachfrauen durchführen.

Die Expertinnen wendeten quantitative wie qualitative Methoden an, darunter 296

repräsentative Befragungen und 14 Tiefeninterviews mit Klientinnen von *Medica Afghanistan*. Hinzu kamen Gespräche mit Angehörigen. Außerdem werteten die Expertinnen Workshops mit den Mitarbeiterinnen von *Medica Afghanistan* aus sowie Rückmeldungen von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Ziel der Untersuchung war, das körperliche und emotionale Wohlbefinden der Klientinnen und ihre Zufriedenheit mit den psychosozialen Programmen von *Medica Afghanistan* zu erfassen.

Die Hauptergebnisse lauten: 83 Prozent der Klientinnen denken, dass sie etwas bewirken oder verändern können. 78 Prozent der Frauen schätzen sich als selbstbewusst ein. Und sie kennen ihre Rechte und die Institutionen, an die sie sich wenden können. Gleichzeitig weisen aber fast alle Befragten, nämlich

98 Prozent, Anzeichen einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) auf. Dieses zunächst paradox erscheinende Ergebnis deckt sich mit dem einer Studie aus dem Jahr 2014, in der die Organisationen *medica mondiale* und *Medica Zenica* die Langzeitfolgen sexualisierter Kriegsgewalt in Bosnien und Herzegowina untersucht hatten: Die Symptome einer PTBS bleiben bestehen, wenn die gesellschaftlichen Bedingungen von den Betroffenen als unsicher, stigmatisierend und wenig unterstützend erlebt werden.

Viele der Befragten bezeichnen die Angebote von *Medica* als Wendepunkt in ihrem Leben: „Mir geht es jetzt besser. Je öfter wir zu *Medica Afghanistan* gehen, desto weniger Schmerzen haben wir. (...) Die Psychologinnen sind gut und verstehen uns.“ Der Bericht lobt besonders die bestehenden Selbsthilfegruppen. Sie trügen dazu bei, die Unterstützung nachhaltig in den Gemeinden zu verankern. Die Gruppen stellten für die Frauen einen besonderen Schutzraum dar, in dem sie sich austauschen und gegenseitig stärken könnten. Denn: Soziale Bindungen setzen der traumatischen Erfahrung etwas entgegen.

Die Erhebung zeigt auch, welche hohe Anerkennung *Medica Afghanistan* in der Zivilgesellschaft und bei staatlichen Stellen genießt. Die Evaluatoreninnen betonen außerdem, in welchem schwierigen Kontext diese Arbeit stattfindet. Die Sicherheitslage ist fragil, viele Menschen leben in großer Armut, Frauenrechte werden missachtet. Gesellschaftlich wie ökonomisch sind Frauen von männlichen Familienmitgliedern abhängig. Sich aus gewalttätigen Verhältnissen zu

lösen stellt deshalb eine besondere Herausforderung dar.

Die Mitarbeiterinnen von *Medica Afghanistan* beschreiben ihre Arbeitsbedingungen als sehr herausfordernd und potenziell belastend. Trotzdem gaben in der Befragung nur wenige von ihnen an, erschöpft zu sein. 90 Prozent der Mitarbeiterinnen erleben ihre Tätigkeit als erfüllend und sind damit sehr zufrieden. Dies führen die Verfasserinnen der Untersuchung auf die im Team gelebte Kultur der Achtsamkeit und das Angebot an Fortbildungen zurück.

Trotz der insgesamt positiven Bewertung deckt die Evaluation auch Schwächen auf. So wird im Bericht vorgeschlagen, Vertraulichkeit in der Beratung konsequenter sicherzustellen. Zudem gelte es, die Feedbackmöglichkeiten für Klientinnen zu verbessern.

Das Fazit: Die Arbeit von *Medica Afghanistan* trägt entscheidend dazu bei, die afghanische Gesellschaft zu stabilisieren und zu befrieden. Nicht nur deshalb empfehlen die Evaluatorinnen, das Engagement der Frauenrechtsorganisation auf andere Regionen und Städte Afghanistans auszudehnen.

Mechthild Buchholz,
medica mondiale

Gespräch zwischen Ärztinnen im Rabia-Balkhi-Krankenhaus in Kabul mit einer psychosozialen Beraterin von *Medica Afghanistan* (2. von links).



LINKS

Zusammenfassung des Evaluationsberichts über *Medica Afghanistan*:

<http://bit.ly/2iSEcnI>

„We are still alive“ – Research on the long-term consequences of war rape and coping strategies of survivors in Bosnia and Herzegovina:

<http://bit.ly/2jwHP4y>

Zusammenfassung der Studie

„We are still alive“:

<http://bit.ly/2jGQ3sV>

Karneval für den Frieden

Einmal im Jahr macht eine Veranstaltung deutlich, was sich die Menschen im Irak sehnlich wünschen: endlich Frieden. Junge Leute aus Bagdad organisieren ein riesiges Straßenfest, um den täglichen Nachrichten von Krieg und Gewalt positive Bilder entgegenzusetzen. Aus der Veranstaltung ist zudem ein regelmäßiges zivilgesellschaftliches Engagement erwachsen.

Von Eva-Maria Verfürth

Der Irak ist ein gespaltenes, von Gewalt geprägtes Land. Eine politische Lösung scheint in weiter Ferne zu liegen. Am UN-Weltfriedenstag am 21. September findet in Bagdad der City of Peace Carnival statt – ein Großevent, das laut den Organisatoren im Jahr 2015 rund 15000 Besucher und 23000 im vergangenen Jahr anzog. Über 500 Freiwillige machten das Fest 2016 möglich. Zu den Besuchern zählen Menschen aller Generationen und Ethnien. Das Fest wird live im Fernsehen und im Radio übertragen. Es gibt Musik- und Tanzaufführungen, Spielplätze für die Kinder, Kunsthandwerksstände und Diskussionsrunden. Organisiert wird es von hunderten Jugendlichen, die über viele

Monate hinweg auf dieses Ziel hinarbeiten. „Vor allem für junge Leute ist der Friedenskarneval ein Zeichen der Hoffnung“, erzählt einer der Organisatoren, Qayssar Alwardii.

Geboren wurde die Idee für den Karneval, als eine Gruppe junger Aktivisten vor einigen Jahren den Namen ihrer Stadt in die Bildersuche des Browsers Google eingab: Sie fanden nur Bilder von Krieg und Zerstörung. Daraufhin beschlossen sie, neue Bilder von ihrer Stadt zu kreieren – und gründeten 2011 den Baghdad City of Peace Carnival. Der erste Karneval fand auf einer kleinen Bühne im Al-Zora-Park statt. Junge Bands spielten traditionelle irakische Musik, und Jugendliche verkauften an kleinen Ständen selbstgemachtes Kunsthandwerk. 30 Freiwillige hatten die Drei-Stunden-Veranstaltung organisiert, die rund 300 Besucher anzog.

„Viele sagen, es sei verrückt, in der aktuellen Situation den Frieden zu feiern. Welcher Friede, sagen sie.“ Doch Alwardii und seine Mitstreiter wollen sich diese Freiheit nicht nehmen lassen. Für sie geht der Begriff Friede weit über die Abwesenheit von Waffengewalt hinaus. Friede sei ein Leben mit grundlegenden Rechten, mit Meinungs- und Bewegungsfreiheit und mit einem

friedlichen Umgang miteinander, meint Alwardii. Dazu soll das Fest beitragen: „Unser Traum ist, dass der Karneval die Stadt Bagdad zu einem besseren Ort macht und eine bessere Gesellschaft für die nächsten Generationen schafft.“

Besonders wichtig ist dabei nicht nur das Event an sich, sondern auch die vielen Monate der Vorbereitung, in denen hunderte von Jugendlichen auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten. Gemeinsam wollen sie ihre Gesellschaft verbessern und das Zusammenleben friedlicher gestalten. Das beginnt im Kleinen – in der Zusammenarbeit der Freiwilligen – und reicht bis hin zu aktivem sozialen Engagement.

„Die Treffen der Freiwilligen stärken den sozialen Zusammenhalt, was für unsere Gesellschaft sehr wichtig ist“, erklärt Alwardii. „Im Irak gibt es viele Ressentiments zwischen den Menschen unterschiedlicher Ethnien, Herkunft und Sprache. Wir bringen den Jugendlichen bei, sich gegenseitig zu respektieren.“

So gehören die Treffen der Freiwilligen zu den wenigen Situationen im Leben der Jugendlichen, in denen Mädchen und Jungen gleichberechtigt zusammenkommen. Das Medienteam, das Alwardii dieses Jahr geleitet hat, bestand sogar genau zur Hälfte aus Mädchen und Jungen. Damit die Eltern das erlauben, müssen die Freiwilligen viel Überzeugungsarbeit leisten. „Bei

Zehntausende Menschen versammeln sich beim Baghdad City of Peace Carnival, um den Frieden zu feiern.



Foto: Alwardii



Der Baghdad City of Peace Carnival wird ausschließlich von Freiwilligen organisiert.

den ersten Treffen kommen die Eltern oft mit, weil sie sich Sorgen machen“, berichtet Alwardii. „Wir sprechen dann mit ihnen und glücklicherweise können wir die meisten davon überzeugen, ihre Kinder bei uns mitmachen zu lassen.“

Wichtig ist den Veranstaltern außerdem, eine neue Kultur der Verantwortung aufzubauen. „Im Irak halten Leute gerne an ihren Posten fest – egal ob in der Wirtschaft oder Politik“, erzählt Alwardii. Beim Friedenskarneval soll das anders sein: Jedes Jahr wechseln hier die Zuständigkeiten und das Organisationsteam wird komplett ausgewechselt. Wer einmal im Koordinatorenteam gearbeitet hat, darf im nächsten Jahr nur noch beratend zur Seite stehen. „Die Jugendlichen sollen sehen, wie gut es ist, wenn die Verantwortlichen wechseln. So ist es nach ein paar Jahren eine gänzlich neue Generation, die den Karneval organisiert.“

Durch den Karneval ist auch eine Reihe von Jugendgruppen entstanden, die das ganze Jahr über aktiv sind. Dazu gehören kleine Vereine sowie Bands und Breakdance-Kollektive. Es haben sich aber auch Aktionsgruppen gegründet, die sich gesellschaftlich engagieren. So gründeten beispielsweise Medizinstudenten eine Gruppe, die sich für ein besseres öffentliches Gesundheitswesen einsetzt.

Die Freiwilligen des Karnevals sind so zu einer starken Stimme der Zivilgesellschaft geworden, und sie nutzen den Karneval, um auf gesellschaftliche Themen aufmerksam zu machen. Er steht jedes Jahr unter einem

anderen Motto: Als 2014 immer mehr Menschen vor ISIS flüchteten und aus den Bürgerkriegsgebieten und Nachbarländern nach Bagdad kamen, lautete es „Frieden beginnt mit Rechten für die Vertriebenen“. „Weil die Gesellschaft und die Politik sich nicht um die Vertriebenen gekümmert haben, wollten wir als Jugendliche helfen“, erzählt Alwardii. Während der Vorbereitungen auf den Karneval suchten sie Sponsoren und sammelten Geld für Flüchtlinge.

2015 führten sie das Thema fort: Unter dem Slogan „Der Frieden beginnt mit unserer Vielfalt“ setzten sie sich für ein friedliches Miteinander ein. „Wir wollten die Menschen überzeugen, dass Diversität die Lösung ist, nicht das Problem. Wir leben doch schon seit Jahrzehnten in einer durchmischten Gesellschaft. Das wahre Problem ist vielmehr, wie wir so viel mehr Menschen in ein und derselben Stadt unterbringen können.“

2016 war das Motto „Jugendliche sind die zukünftigen Führer“. Dabei ging es darum, die Sicht der jungen Leute in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung von Entwicklung herauszustellen. Die junge Generation müsse eine unaufhaltsame, einzigartige Kraft haben, findet Alwardii.

Mittlerweile kann der City of Peace Carnival sogar auf die Unterstützung der Regierung zählen: Das Ministerium für Jugend und Sport bot den Jugendlichen 2014 ganz offiziell seine Unterstützung an. Dabei hatte die Politik jeder Art von Jugendbewegung zunächst skeptisch gegenübergestanden,

wie Alwardii berichtet: „Sie hatten Angst, weil Jugendproteste in Ländern wie Ägypten und Tunesien den Arabischen Frühling ausgelöst haben. Aber wir haben ihnen gezeigt, dass wir nicht protestieren wollen – wir nehmen die Dinge einfach selbst in die Hand.“

Finanziert wird der City of Peace Carnival seit einigen Jahren nicht mehr nur von kleinen Nichtregierungsorganisationen, sondern auch von einigen privaten Sponsoren wie einem großen Telekommunikationsunternehmen und einem bekannten Restaurant. Dennoch wird er weiterhin ausschließlich von Freiwilligen organisiert. Das Engagement hat viele von ihnen auch beruflich weitergebracht. So hat die Band „Project 904“, die auf einem der ersten Karnevals spielte, nun einen täglichen Auftritt in sozialen Medien und ist dadurch landesweit bekannt geworden. Andere Freiwillige haben dank ihrer Erfahrungen in der Freiwilligenarbeit Jobs bei internationalen Organisationen oder großen Telekommunikationsunternehmen gefunden.

„Ein Freiwilliger beim City of Peace Carnival zu sein ist zu einer Empfehlung für Arbeitgeber geworden“, berichtet Alwardii. Er selber arbeitet als Mitarbeiter für die International Organization for Migration der UN, wo er mit seinen 25 Jahren mit Abstand der Jüngste ist: „Meine Kollegen schätzen mich aufgrund meiner Erfahrung. Um bei den UN zu arbeiten, braucht man einen guten Lebenslauf und gute Kontakte. All das habe ich in den letzten vier Jahren beim City of Peace Carnival erreicht.“ Er engagiert sich außerdem freiwillig beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP).

Die Organisatoren des Baghdad City of Peace Carnival möchten sich mit Friedensaktivisten aus anderen Ländern vernetzen und freuen sich über Unterstützung. Bei Interesse wenden Sie sich an Qayssar Alwardii: alwardiicaeser@gmail.com.

LINK

Baghdad City of Peace Carnival:
<https://iqpeace.com/>



EVA-MARIA VERFÜRTH
ist Redakteurin von
**E+Z Entwicklung und
Zusammenarbeit /
D+C Development**

and Cooperation.

euз.editor@fs-medien.de

Lösungen für Wasser- und Landkonflikte

Der Nahe Osten und Nordafrika (MENA – Middle East and North Africa) ist vermutlich die konfliktbelastetste Weltregion. In Syrien herrscht Bürgerkrieg; Irak, Libyen und andere Länder sind instabil. Die Aussichten sind nicht gut. Friedensparks könnten nützlich sein. Solch eine Initiative wurde für den Golan schon 2002 vorgeschlagen.

Von Lisdey Espinoza Pedraza und Markus Heinrich

Friedensparks sind grenzüberschreitende Maßnahmen für den Naturschutz. Über die exakte Definition von „Peace Parks“ wird noch diskutiert, Konsens besteht aber darüber, dass sie Frieden, Zusammenarbeit und Ressourcenmanagement fördern sollen.

Unter anderem geht es darum, Konflikte über den Zugang zu Wasser und Land zu lösen. Dafür sind dauerhafte Lösungen nötig. Die Parks bieten zudem Chancen für gemeinsame Initiativen einschließlich wirtschaftlicher Vorhaben.

Der Waterton-Glacier International Peace Park ist der erste und älteste

Peace Park. Er wurde 1932 geschaffen und verbindet die kanadische Provinz Alberta mit dem US-Bundesstaat Montana.

Laut Adrian Martin et al. (2011) stiften Friedensparks auf mehrere Weisen Nutzen:

- **Umweltschutz:** Investitionen in ökologisch nachhaltige Initiativen helfen, Abnutzung und Schwund natürlicher Ressourcen zu begrenzen.
- **Ökonomie:** Institutionalisierte grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärkt das Wirtschaftswachstum.
- **Friedliche Entwicklung:** Politische Spannungen werden abgebaut, was der Versöhnung und der regionalen Sicherheit dient.
- **Zivilgesellschaft:** Ein Verständnis der bürgerschaftlichen Verantwortung für die Umwelt wird gefördert und neue Begegnungsräume für alle Bevölkerungsschichten entstehen.

In der MENA-Region wurde erstmals 2002 ein Friedenspark für den Golan vorgeschlagen. Seit Israel 1948 geschaffen wurde, waren die Beziehungen zu Syrien immer feindselig. Ein Friedenspark könnte zu

friedlicher Zusammenarbeit anregen. Der Vorschlag war, den See Genezareth miteinzubeziehen. Syrien hätte formal Hoheit über die Nordostküste und den Golan. Israel bekäme Wasser und geregelten Zugang zum Land des Golan, währen Syrien Land und geregelten Zugang zum Seewasser bekäme.

Muna Dajani (2011) hat aber diverse Probleme benannt. Es ist davon auszugehen, dass Israels Opposition gegen syrische Präsenz auf dem Golan oder gar Teilhabe an den Wasserressourcen nicht abnehmen wird. Solange Israels Politik das Thema Wassersicherheit besonders betont, wird es keinen Friedenspark geben. 2008 lehnten zwei Drittel der Israelis ab, die Golanhöhen an Syrien zurückzugeben – und angesichts des brutalen Bürgerkriegs dürfte sich diese Haltung kaum ändern.

Derzeit hat Syrien ganz offensichtlich keine Regierung, die Frieden vorantreiben könnte. Langfristig wird ein Golan-Friedenspark aber vielleicht möglich werden. Unterdessen wäre es sinnvoll, darüber nachzudenken, wie das Park-Konzept zur nationalen Wiederversöhnung nach Bürgerkriegen genutzt werden kann. Es zielt ja darauf ab, alle Seiten im Engagement für das Gemeinwohl zusammenzubringen – und das ist in der gesamten arabischen Region dringend nötig.

REFERENCES

- Dajani, M., 2011: *Dry peace: Syria-Israel and the water of the Golan*. International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence, London.
- Martin, A., Rutagarama, E., Cascao, A., Gray, M., and Chhotray, V., 2011: *Understanding the co-existence of conflict and cooperation: Transboundary ecosystem management in the Virunga Massif*. *Journal of Peace Research*, 48(5).



LISDEY ESPINOZA PEDRAZA promoviert an der University of Aberdeen über internationale Beziehungen. r01le14@abdn.ac.uk



MARKUS HEINRICH ist Politikwissenschaftler an der University of Leicester und bereitet seine Promotion vor. markushenry@yahoo.co.uk

Israelische Panzer bei einem Manöver auf dem Golan.



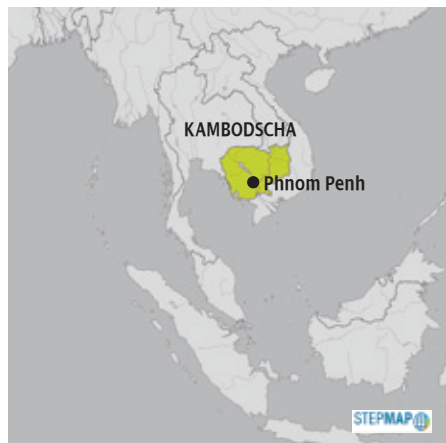
Keine Gerechtigkeit ohne Erinnerung

Das Regime der Roten Khmer in Kambodscha endete im Januar 1979. Es hat tiefe Wunden in dem Land hinterlassen. Geschätzte 1,7 Millionen Menschen starben unter der Gewaltherrschaft. 38 Jahre später ist die Suche nach Gerechtigkeit noch immer nicht abgeschlossen. Um aus der Geschichte zu lernen und mit ihren Traumata fertigzuwerden, brauchen die Kambodschaner Dokumentation, Erinnerung und Wiedergutmachung.

Von Sun Narin

Die Kambodschaner leiden noch immer unter den Folgen der grausamen Geschichte ihres Landes. Unter dem Diktator Pol Pot, der das Land von 1975 bis 1979 beherrschte, wurden die meisten Menschen auf die eine oder andere Art zu Opfern. Viele wurden umgebracht, andere verhungerten. Zwangsarbeit und Zwangsehen waren weit verbreitet, und ein Großteil der Menschen wurde von ihren Familien getrennt.

1997, nach Jahren der Untätigkeit, bat die kambodschanische Regierung die UN um Hilfe, um den Anführern der Roten Khmer den Prozess zu machen. Erst neun Jahre später, nachdem zahlreiche Hürden genommen waren, nahmen die Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia (ECCC) die Arbeit auf. Die Prozesse dort laufen noch immer.



Totenschädel auf dem Killing Field Choeung Ek nahe Phnom Penh, das heute eine Gedenkstätte ist.

Das besser unter dem Namen Khmer-Rouge-Tribunal bekannte Gericht bietet den Überlebenden die Chance auf Wahrheit und Gerechtigkeit, indem die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Ziel ist es, die Erinnerung wachzuhalten und die Wiederkehr eines mörderischen Regimes zu verhindern. „Das Tribunal fördert Versöhnung und bietet Kambodschanern gleichzeitig die Möglichkeit, ihre Geschichte aufzuarbeiten“, sagt Neth Pheaktra, ein Sprecher des von den UN unterstützten Gerichts. Zudem profitiere das Justizsystem davon, da nationale Versöhnung und Rechtsstaatlichkeit gefördert würden.

Im vergangenen November bestätigte das Gericht in einem Berufungsverfahren die lebenslangen Haftstrafen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit für die Khmer-Rouge-Anführer Nuon Chea (90 Jahre) und Khieu Samphan (85). In einem weiteren Verfahren wird den beiden Genozid an der vietnamesischen und der muslimischen Minderheit in Kambodscha zur Last gelegt, außerdem Zwangsverheiratungen und Vergewaltigungen.

Bisher ist nur ein weiterer Khmer-Rouge-Anführer verurteilt worden. Kaing Guek Eav, alias Duch, war der Chef des berühmtesten S21-Gefängnisses in der Hauptstadt

Phnom Penh und verantwortlich für den Tod von 14 000 Gefangenen. Auch er muss lebenslang hinter Gitter.

Manche hochrangige Khmer Rouge entkamen durch ihren Tod der Gerechtigkeit. „Bruder Nummer eins“ Pol Pot starb 1998. Der ehemalige Außenminister Ieng Sary und seine Frau, Sozialministerin Ieng Thirith, starben 2013 beziehungsweise 2015. Beide standen auf der Liste der Angeklagten des Tribunals.

„WICHTIGER MECHANISMUS“

Yun Bin, der heute 62 Jahre alt ist, ist dem Tod unter den Roten Khmer nur knapp entkommen. Er wurde auf einem der sogenannten Killing Fields mit einer Axt geschlagen, bis er das Bewusstsein verlor, und dann in einen Brunnenschacht geworfen. Doch er überlebte. „In dem Brunnen lagen lauter Tote. Ihre Körper waren aufgedunsen und voller Würmer“, erinnert er sich.

Die Soldaten warfen eine Granate in den Brunnen, um diejenigen zum Schweigen zu bringen, die noch nicht tot waren und nach Hilfe schrien. Die Granate verletzte Yun aber nicht, und er entkam aus dem Schacht, indem er Leichen übereinander stapelte. „Ich haben die Seelen der Toten um Hilfe gebeten,

aus dem Brunnen zu kommen, und ihnen versprochen, nach Gerechtigkeit für sie zu suchen.“ Jetzt ist Yun als Zivilpartei an den Prozessen beteiligt.

Es steht die Frage im Raum, ob die Verurteilung einer Handvoll Verantwortlicher aus Sicht der Opfer ausreichend ist. Chhang Youk, der Leiter des Documentation Center of Cambodia (DC-Cam) räumt ein, dass das Tribunal keine allumfassende Lösung sei, sieht es aber als „wichtigen Mechanismus“ an, um die Notwendigkeit der Beachtung der Menschenrechte zu verdeutlichen. „Kambodscha leidet immer noch unter der Khmer-Rouge-Katastrophe. Wir sind die Kinder der Opfer und der Täter“, sagt er. Chhang sammelt und archiviert seit 30 Jahren Dokumente, die im Zusammenhang mit der Gewaltherrschaft stehen.

DC-Cam ist eine NGO, die sich Aufklärung und Information über die Khmer Rouge auf die Fahnen geschrieben hat. Sie ist außerdem Anlaufstelle für Kambodschaner, die nach Informationen über verschwundene Familienmitglieder suchen. Laut Chhang sind rund 1 Million Namen erfasst. „Wir kommen auch zu Menschen auf dem Land, die noch nach verlorenen Verwandten suchen, aber nicht einfach in die Stadt kommen können.“

TRAUMA UND HEILUNG

Yun leidet aufgrund seiner Erlebnisse unter einem Trauma. „Ich erinnere mich noch immer an alles; es kommt ständig hoch. Ich kann es nicht vergessen, und das macht mich krank“, sagt er. „Ich nehme jeden Tag Medikamente.“ Hilfe bekommt Yun von der Transcultural Psychosocial Organization (TPO), einer lokalen NGO, die vom Zivilen Friedensdienst der GIZ unterstützt wird (siehe Artikel, S. 23).

TPO arbeitet seit 2007 eng mit dem Khmer-Rouge-Tribunal zusammen. Die Organisation hilft traumatisierten Zeugen und zivilen Nebenklägern. Nach ihrer Überzeugung ist für die Heilung von Traumata und Versöhnung viel Zeit nötig und mehr als nur vergeltende Gerechtigkeit.

Der klinische Psychologe Bun Lemhuor erklärt, wie TPO mit Betroffenen arbeitet: „Wir helfen ihnen, den psychischen Druck abzubauen. Wir begleiten Zeugen auch im Gericht, wenn ihre Aussage sie emotional überfordert.“

Zum Angebot gehörten auch Selbsthilfegruppen für Traumatisierte. „Wir

Die Zeugin Beit Boeurn sagt im Fall 002/02 gegen Nuon Chea und Khieu Samphan vor der Strafkammer des Khmer-Rouge-Tribunals aus.



lassen sie ihr Leid teilen und wenden verschiedene Methoden an, um ihr Trauma zu heilen.“ Bun zufolge kann auch die Religion helfen, inneren Frieden zu finden. „Sie beten für die Toten zu Buddha und bitten darum, keine Rache zu üben.“ Das Tribunal habe die TPO-Gruppen als Maßnahme zur Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer anerkannt.

KOLLEKTIVE ENTSCHÄDIGUNG

Am Gericht gibt es eine Victims Support Section (VSS), die eine adäquate Beteiligung der Opfer an den Gerichtsverfahren sicherstellen soll. Nach Angaben von VSS-Chef Hang Vannak sind rund 4000 Zivilparteien und 4000 Nebenkläger am Fall 002 beteiligt, der Nuon Chea und Khieu Samphan betrifft. „Wir informieren sie in Foren, Workshops und Trainings“, erklärt Hang.

Die VSS koordiniert auch die Entschädigungsmaßnahmen. „Wir arbeiten mit den Opfern zusammen, um Projekte zur Wiedergutmachung zu entwerfen und umzusetzen und auch außergerichtliche Maßnahmen, die ihnen und der jungen Generation zugutekommen.“ Dabei gehe es um moralische, kollektive Entschädigung, nicht um individuelle. Die VSS arbeitet sowohl mit Behörden als auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen, um die Erinnerung zu pflegen, Geschichten von Überlebenden zu sammeln und Gedenkstätten einzurichten.

„Was das Tribunal macht, ist eher als Heilungsprozess denn als ultimative Lösung zu sehen“, sagt Hang. „Das Gericht kann nicht alleine eine Übergangsjustiz aufbauen.“ In seinen Augen muss Heilung ganzheitlich erfolgen und Bereiche wie Psychologie, Bildung und Gesundheit einschließen.

Ursprünglich sollte das Khmer-Rouge-Tribunal nur ein paar Jahre dauern. Derzeit laufen immer noch Verfahren in den Fällen 002 sowie 003 und 004 gegen vier weitere Khmer-Rouge-Anführer. Niemand weiß, wie lange die Arbeit des Gerichts noch dauern wird. Es kommt darauf an, wie lange die Ermittler brauchen, wie viele weitere Verdächtige angeklagt werden, wie viele Zeugen gehört werden und wie viele Berufungsverfahren es gibt. Die kambodschanische Regierung will ein Dokumentationszentrum einrichten, um alle Gerichtsdokumente aufzubewahren.

Wenn das Tribunal seine Arbeit abgeschlossen hat, hofft Chhang darauf, dass der König als Repräsentant des kambodschanischen Volkes die Gebeine der Khmer-Rouge-Opfer verbrennt. „Und es sollte einen nationalen Gedenktag geben. Das wäre ein wichtiges Symbol.“



SUN NARIN
ist ein kambodschanischer Journalist und lebt in Phnom Penh.
snnarin@gmail.com

Entscheidendes Wissen

Der wahre Ursprung und Verlauf von Konflikten ist in Krisenländern meist in verschiedenen Narrativen verborgen, hochkomplex und emotional aufgeladen. Der bewusste Umgang mit den eigenen Interpretationen dieser Narrative ist der Schlüssel für dritte Parteien, um zu einem Friedensprozess beizutragen.

Von Karoline Caesar

Die Zahl der gewaltvoll ausgetragenen Konflikte war noch nie so hoch wie 2015. Dies belegt ein Blick in internationale Konfliktbanken, die jährlich statistische Daten zu bewaffneten Konflikten veröffentlichen. Die aggregierten Daten dieser Indices zeigen Trends hinsichtlich der Dauer und Themen von Konflikten auf und hinsichtlich der Zahl von Todesopfern, Militärausgaben oder Krankheiten. Diese Barometer genießen aufgrund der statis-

tischen Datenauswertungsverfahren eine hohe Glaubwürdigkeit.

Das schwedische Uppsala Conflict Data Program (UCDP) ist einer der ältesten Indices. Es führt die gestiegene Zahl der Konflikte unter anderem auf die Einmischung nichtstaatlicher Akteure zurück. Außerdem gibt es seiner Einschätzung nach mehr innerstaatliche Konflikte als früher. Im Jahrbuch des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) werden neben den Ergebnissen des UCDP weitere Daten veröffentlicht. SIPRI identifiziert externe Einmischung in innere Konflikte sowie militärische oder logistische Beteiligung als eine Variable, die den Konfliktverlauf entscheidend zum Schlechteren beeinflusst.

Die hohen Kosten von Kriegen streicht der Global Peace Index hervor, der von dem in Australien und den USA ansässigen Institute for Economics and Peace heraus-

gegeben wird. 2015 habe Gewalt weltweit 14,6 Billionen Dollar gekostet; diese Zahl ist elfmal so hoch wie die der auswärtigen Direktinvestitionen weltweit. Nur zwei Prozent dieser Summe wurden hingegen 2015 für Friedenseinsätze ausgegeben.

Qualitative Daten sind ergänzend ein wichtiger Schlüssel zur Interpretation und Einordnung quantitativer Daten in sensiblen und komplexen Konflikten. Rein statistische Schätzungen etwa hinsichtlich der Anzahl der Opfer sexueller Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo sind aufgrund vieler Faktoren sehr schwer. Außerdem ist es aus verschiedenen Gründen schwierig, Gewaltopfer zu befragen – unter anderem, weil bei einigen die Gefahr einer Retraumatisierung besteht. Mithilfe qualitativer Studien können aber zum Beispiel Erklärungsmuster aufgedeckt oder Erkenntnisse über die Wirkung verschiedener Lösungswege gewonnen werden.

Interessant ist die Frage, wie Mitarbeiter ziviler Friedenseinsätze diese Daten nutzen und welches Wissen über die Konflikte die Praktiker für ihren Einsatz in den Krisenländern zugrunde legen. Die Columbia-University-Professorin Séverine Autesserre

Ausländische Hilfskräfte wie hier in Ruanda sollten Land und Leute sehr gut kennen- und verstehen lernen.



Foto: Lissac/GODONG/Lineair

stellt in einer ethnologischen Studie die These auf, dass in Konfliktländern weltweit ein Kampf um die Wissenshoheit zwischen Einheimischen und Ausländern tobt. Für ihr Buch wertete sie fünf verschiedene Datenquellen und über 600 Interviews aus. Diesem Wettstreit um die Auslegung der Realität in Konfliktländern ist es laut Autesserre geschuldet, dass ausländische Hilfskräfte teils mit verzerrten Informationen und Fehlannahmen arbeiteten. Ihrer Meinung nach ist es äußerst unsicher, ob westliche Friedensprojekte effektiv sind oder ob die Lokalbevölkerung diese nicht als irrelevant und unglaubwürdig betrachtet.

Die Autorin beschreibt den Alltag von internationalen Einsatzkräften an einem imaginären Ort namens „Peaceland“. Das kann die Demokratische Republik Kongo, Afghanistan, Südsudan, Bosnien oder Burundi sein – überall dort, wo es zivile und militärische Einsatzkräfte gibt, die den Auftrag haben, zum Friedensprozess beizutragen. Autesserre analysiert, wie deren Alltagsrituale, Standards, Werte und Verhalten eine Schleife selbstreferentiellen Wissens erzeugen und zudem den Widerstand der Lokalbevölkerung wecken. Vor Ort gebe es einen Wettstreit zwischen einheimischen Experten „lokalen Wissens“ und internationalen Experten „technischen Wissens“. Die lokalen Experten seien vertraut mit den Orten und Menschen und hätten ein tiefes Verständnis der Geschichte sowie politischer, sozialer und kultureller Dynamiken. Die externen Friedenskräfte hingegen hätten eine genaue Fachkenntnis in Themen wie Konfliktmanagement, humanitäre Hilfe oder Projektmanagement.

Autesserre stellt fest, dass die Lokalbevölkerung internationale Einsätze ablehne, wenn ausländische den lokalen Fachkräften übergeordnet seien und besser bezahlt würden. Ausländische Organisationen legten ihren Gebern gegenüber Rechenschaft ab, aber nur in unzureichendem Maße gegenüber der Lokalbevölkerung. Häufig würden Ausländer in Krisengebieten als arrogante Außenseiter wahrgenommen, die versuchten, den Einheimischen ihre Ideen aufzuzwingen. Dabei gehe es nicht so sehr um die Inhalte, sondern um die Art und Weise, wie kommuniziert werde. Viele ausländische Hilfskräfte seien sich noch dazu der symbolischen Bedeutung ihrer Handlungen nicht bewusst. Das trage in einem von Gewalt gebeutelten Umfeld umso mehr zu

Frustration bei. Die Rotation ausländischer Fachkräfte zwischen verschiedenen Einsatzländern führe außerdem zur Entfremdung von ihren Zielgruppen.

Es sei Fachkräften nur schwer möglich, sich ein klares Bild der Gesamtsituation zu schaffen, so Autesserre. Unterschiedliche kulturelle Hintergründe und Ideologien führten zu teils völlig gegensätzlichen Berichten derselben Situation. Da ausländische Fachkräfte die Hauptstädte der Krisenländer selten verließen, wüssten sie nicht, wie Datensammlung im Feld aussehen müsste, geschweige denn seien sie sich bewusst darüber, dass ihre Analysen auf verzerrten Daten beruhen könnten.

Laut Autesserre berichteten lokale Graswurzel-Aktivistinnen, dass sie ihre Geschichten abänderten, Fehlinformationen lieferten oder kritische Daten versteckten, da sie Außenstehenden misstrauten oder sich und ihre Familie schützen müssten. Dies sei besonders typisch für Konfliktländer, da hier Einschüchterung und Gewaltanwendung zu den üblichen „Problemlösungsstrategien“ zählten (siehe hierzu „Beim Wort nehmen“ in E+Z/D+C e-Paper 2016/12, S. 31). Etlichen Berichten zufolge seien Daten zudem abgeändert worden, um ausländische Chefs zufrieden zu stellen.

Den ausländischen Helfern seien kulturelle Interpretationscodes oft aufgrund mangelnder Lokalexpertise nicht bekannt – so unterschieden Ruander zum Beispiel öffentliche von privater Wahrheit. Europäer und Nordamerikaner gingen davon aus, das Gegenüber werde ihnen schon sagen, wenn sie etwas Falsches annäheren, aber Burundier fänden es etwa unhöflich, jemandem zu widersprechen.

Viele ausländische Helfer lebten abgeschnitten von der Mehrheit der Bevölkerung und machten deshalb kaum eigene Erfahrungen mit der Realität vor Ort. Da die Mehrheit der ausländischen Friedensorganisationen dieselben Kontaktpersonen zu Rate zögen, werde die Komplexität von Konflikten unterschätzt, so die Autorin. Es falle ausländischen Hilfskräften meist nicht auf, dass sie sich irren, da sich alle auf dieselben Datenquellen und Referenzen bezögen. Das Netz ausländischer Interventionen in Krisengebieten sei somit ein geschlossenes System der Selbstreferenz. Narrative würden unbewusst daraufhin ausgewählt, wie sehr sie mit den eigenen Glaubenssätzen und Sympathien

übereinstimmten. Die wenigen Ausnahmen ausländischer Hilfskräfte in Friedensgebieten, die effektiver arbeiteten, seien Menschen, die enge, produktive Beziehungen zu Einheimischen pflegten. Beziehungsaufbau, Kommunikation, Freundschaft, gegenseitiges Voneinander-Lernen und Vertrauen seien die wichtigsten Erfolgsfaktoren ausländischer Interventionen. Regelmäßig berichteten Menschen aus Konfliktländern weltweit, dass sie zu Ausländern eine echte Beziehung aufbauen konnten, die Zeit im Feld verbrachten und sich um ein Kennenlernen bemühten. Wichtig sei hierbei deren glaubwürdige, intrinsische Motivation.

Daher rät Autesserre externen Hilfskräften, viele Jahre in ein und demselben Land zu verbringen, die Lokalsprache und Gepflogenheiten zu lernen und sich mit Menschen verschiedenster sozialer Gruppen ihres Gastlandes anzufreunden. Friedensorganisationen sollten ihre Konzepte überdenken und Rekrutierung, Projektdesign und Trainings in diesem Sinne anders konzipieren. Unter diesen Bedingungen könnten auch thematische Expertise und quantitative Daten mit größerer Wirksamkeit genutzt werden und zur Effektivität von Friedensprojekten besser beitragen.

LINKS

- Institute for Economics and Peace (2016):**
The Global Peace Index 2016.
http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/GPI%202016%20Report_2.pdf
Stockholm International Peace Research Institute (2016): SIPRI Yearbook 2016.
<https://www.sipri.org/sites/default/files/YB16-Summary-DEU.pdf>
Uppsala Conflict Data Program (2016):
<http://www.ucdp.uu.se>

LITERATUR

- Autesserre, S., 2014: Peaceland. Conflict resolution and the everyday politics of international intervention.** Cambridge University Press NY.
<http://www.severineautesserre.com/research/peaceland/>



KAROLINE CAESAR
 war 2011 bis 2015 Beraterin eines Mediationsprojekts des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) in Burundi.

karoline.caesar@gmail.com



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C
Development + Cooperation

TWEETS 9.467 FOLGE ICH 2.098 FOLGWER 4.694 GEFÄLLT MIR 181 LISTEN 7

Folgen

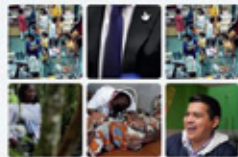
Editorial office D+C
@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.

Frankfurt, Germany
dandc.eu

Beigetreten Januar 2010

1.509 Fotos und Videos



Tweets Tweets & Antworten Medien

Editorial office D+C @forumdc · 3 Stk
D+C **#Multinationals** dominate the world market from the field to the supermarket shelf **#foodindustry #MonsantoBayer**
ow.ly/moBj309mPzY



Neu bei Twitter?

Melde dich jetzt an, um Deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten!

Registrieren

Vielleicht gefällt Dir auch:

- Africa Renewal, UN @africanrenewal
- ODI @ODIdev
- Devex @devex
- Estelle Denis @DenisEstelle
- Isabelle Ithurburu @iathurburu

Weltweit Trends
#streetstyle360

